



LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND

Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung

FORSCHUNGSPROJEKT

SYSTEMATISCH VERZERRTE ENTSCHEIDUNGEN?

DIE RESPONSIVITÄT DER DEUTSCHEN POLITIK VON 1998 BIS 2015.

ENDBERICHT



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Fachbereich 1 – Kultur- und Sozialwissenschaften

Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015.

Endbericht

Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums
für Arbeit und Soziales

Autoren:

Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer

Stand: 2. Juni 2016

Kontakt:

Prof. Dr. Armin Schäfer

Seminarstraße 33 · 49076 Osnabrück

Tel. + 49 541 969 4207

Kurzbeschreibung

Demokratie ist ein Verfahren, umstrittene Fragen auf eine Weise zu entscheiden, die auch den Unterlegenen als legitim erscheint. Niemand kann dabei erwarten, dass die eigene Meinung stets umgesetzt wird. Wenn allerdings die Politik systematisch den politischen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen folgt, wohingegen die anderer missachtet werden, wird der Grundsatz politischer Gleichheit beschädigt. Die neue Responsivitätsforschung untersucht, ob politische Entscheidungen mit dem Willen der Bürger_innen übereinstimmen und wenn ja, wessen Meinungen umgesetzt werden. Dabei zeigt sich in den USA eine deutlich selektive Responsivität der Politik zulasten der Armen. In diesem Forschungsbericht untersuchen wir erstmals, ob in Deutschland ähnliche Muster in der politischen Responsivität wie in den USA festzustellen sind. Dazu werten wir 252 in den *DeutschlandTrend*-Umfragen gestellte Sachfragen für den Zeitraum von 1998 bis 2013 aus. Die Fragen beziehen sich auf zum Zeitpunkt der Erhebung diskutierte Politikänderungen. Für jede dieser Sachfragen ermitteln wir, welcher Anteil der Befragten ihnen zustimmt. Dabei unterteilen wir die Befragten nach Einkommen, Beruf, Bildung, Alter, Geschlecht und Region. In der von uns erstellten Datenbank „Responsiveness and Public Opinion in Germany (ResPOG)“ kodieren wir außerdem, zu welchem Politikfeld eine Frage zählt und ob es innerhalb von zwei oder vier Jahren nach der Umfrage zu einer Politikänderung gekommen ist. Die Auswertung dieser Daten zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Bessergestellten, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.

Abstract

Democracy is a procedure to legitimate contested decisions even to those who opposed them. No one can expect to get his or her way in each and every decision. If, however, political decisions systematically reflect the political preferences of some groups but not of others, the principle of political equality is harmed. New studies on political responsiveness analyze whether or not decisions confirm to the citizens' will and if so, whose will prevails. For the United States, a number of studies have found a pattern of selective responsiveness, in which the interests of the poor are all but ignored. In this report, we ask whether similar patterns are discernible in Germany. We analyze 252 detailed survey questions posed between 1998 and 2013. These questions deal with specific political decisions debated at the time. For each of those we first calculate the degree of support within different social groups. Respondents were grouped according to measures such as income, occupation, education, gender, region and age. Our database "Responsiveness and Public Opinion in Germany (ResPOG)" also includes information on the policy domain of a question and whether or not the specific policy change dealt with in the question was enacted within the next two or four years. Our results show a notable association between political decisions and the opinions of the better-off but none or even a negative association for the poor.

Inhalt

Tabellenverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	8
Zusammenfassung	9
1. Einleitung	11
2. Problemstellung und Forschungsstand	12
3. Datengrundlage und methodisches Vorgehen	15
3.1 Die Kategorisierung sozialer Gruppen	16
3.2 Inhaltliche Richtung von Meinungsunterschieden	20
3.3 Politische Entscheidungen	21
4. Empirische Ergebnisse	23
4.1 Meinungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen	23
4.2 Responsivität	31
4.2.1 <i>Responsivität gegenüber Einkommensgruppen</i>	32
4.2.2 <i>Responsivität in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik</i>	35
4.2.3 <i>Responsivität gegenüber Berufsgruppen</i>	37
4.2.4 <i>Wandel der Responsivität über Zeit?</i>	40
5. Diskussion der Ergebnisse	42
Literaturverzeichnis	45
6. Anhang	48

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 2-1: Traditionelle und neue Responsivitätsforschung</i>	13
<i>Tabelle 4-1: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Einkommensgruppen</i>	32
<i>Tabelle 4-2: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung bei Meinungsunterschieden zwischen Einkommensgruppen</i>	34
<i>Tabelle 4-3: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Einkommensgruppen, Wirtschafts- und Sozialpolitik</i>	36
<i>Tabelle 4-4: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Berufsgruppen</i>	38
<i>Tabelle 4-5: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung bei Meinungsunterschieden zwischen Berufsgruppen</i>	39
<i>Tabelle 4-6: Veränderung der Responsivität über Zeit</i>	41
<i>Tabelle 6-1: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der Staat-Markt-Achse</i>	49
<i>Tabelle 6-2: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsstatusgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der Staat-Markt-Achse</i>	50
<i>Tabelle 6-3: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der kulturellen Achse⁵¹</i>	
<i>Tabelle 6-4: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsstatusgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der kulturellen Achse⁵²</i>	
<i>Tabelle 6-5: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu ausgewählten Fragestellungen aus dem Bereich Arbeitsmarkt-</i>	53
<i>Tabelle 6-6: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu ausgewählten Fragestellungen aus dem Bereich Arbeitsmarkt-</i>	54
<i>Tabelle 6-7: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsgruppen zu den Fragestellungen aus Tabelle II.I und II.II</i>	55
<i>Tabelle 6-8: Beispiele responsiver Politik bei Fragen, denen alle Einkommensgruppen zustimmten</i>	57
<i>Tabelle 6-9: Beispiele responsiver Politik bei Fragen, denen vor allem niedrige Einkommensgruppen zustimmten</i>	58

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 4-1: Beispiele für Meinungsunterschiede</i>	24
<i>Abbildung 4-2: Korrelation des Antwortverhaltens nach Einkommensgruppen</i>	26
<i>Abbildung 4-3: Korrelation des Antwortverhaltens nach Einkommensperzentilen</i>	26
<i>Abbildung 4-4: Meinungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen</i>	27
<i>Abbildung 4-5: Meinungsunterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen</i>	28
<i>Abbildung 4-6: Streuung der Meinungsunterschiede</i>	29
<i>Abbildung 4-7: Meinungsunterschiede in sechs Politikfeldern</i>	30
<i>Abbildung 4-8: Durchschnittliche Zustimmung zu Politikänderungen im zweidimensionalen Politikraum</i>	31
<i>Abbildung 4-9: Öffentliche Meinung und Politikänderung, nach Einkommensgruppen</i>	33
<i>Abbildung 4-10: Öffentliche Meinung und Politikänderung bei großen Meinungsunterschieden zwischen Einkommensgruppen</i>	35
<i>Abbildung 4-11: Öffentliche Meinung und Politikänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, nach Einkommensgruppen</i>	37
<i>Abbildung 4-12: Öffentliche Meinung und Politikänderung, ausgewählte Berufsgruppen</i>	38
<i>Abbildung 4-13: Öffentliche Meinung und Politikänderung bei großen Meinungsunterschieden zwischen Berufsgruppen</i>	40
<i>Abbildung 4-14: Einfluss der unteren Einkommensgruppe in zwei Zeiträumen</i>	42

Abkürzungsverzeichnis

BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
DIP	Dokumentations- und Informationssystem
ResPOG	Responsiveness and Political Opinion in Germany

Zusammenfassung

- In einer repräsentativen Demokratie soll die Politik bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen der Bürger_innen berücksichtigen. Mehr noch, politische Entscheidungen dürfen nicht über einen langen Zeitraum hinweg und in einer großen Anzahl von Themen dem widersprechen, was die Mehrheit der Bevölkerung für richtig hält. Falls sie es doch tun, besteht ein besonderer Begründungsbedarf für die Abgeordneten. Der Grundsatz politischer Gleichheit verlangt zudem, dass die Interessen aller Bürger_innen berücksichtigt werden und es keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen gibt. Auch wenn Repräsentant_innen Handlungsspielraum für autonome Entscheidungen brauchen, so sollte ein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswillen und politischem Handeln gegeben sein.
- Wenn die Politik sich in den Entscheidungen an der öffentlichen Meinung orientiert, wird in der Politikwissenschaft von „Responsivität“ gesprochen. Sowohl vollständige Responsivität – Regieren nach Umfragen – als auch ihre vollständige Abwesenheit sind jedoch mit einem modernen Verständnis demokratischer Repräsentation unvereinbar. Die traditionelle Responsivitätsforschung untersuchte, inwieweit politische Handlungen mit der über Umfragen ermittelten, durchschnittlichen öffentlichen Meinung übereinstimmen. Die meisten Studien fanden ein hohes Maß an Responsivität, so auch die umfangreichste Studie für den deutschen Fall. In der neuen Responsivitätsforschung wird hingegen die Bevölkerung in Gruppen unterteilt, um zu überprüfen, ob die Politik gegenüber allen Gruppen in gleichem Maß oder ob sie nur selektiv responsiv ist.
- Aktuelle Responsivitätsstudien belegen für die USA, dass politische Entscheidungen systematisch zulasten der Einkommensarmen verzerrt sind. Wenn Arme und Reiche Unterschiedliches wollen, folgt die US-Politik fast ausnahmslos den Reichen. Als wesentlicher Grund wird die Abhängigkeit der Kandidat_innen von Wahlkampfspenden angesehen, die eine Schieflage zugunsten der besonders Wohlhabenden erzeuge.
- In diesem Forschungsbericht untersuchen wir erstmals, ob in Deutschland ähnliche Muster in der politischen Responsivität wie in den USA festzustellen sind. Dazu werten wir 252 in den DeutschlandTrend-Umfragen gestellte Sachfragen für den Zeitraum von 1998 bis 2013 aus. Die Fragen beziehen sich auf zum Zeitpunkt der Erhebung diskutierte Politikänderungen. Beispiele sind Konjunkturhilfen, Zuzahlungen bei Medikamenten, die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, aber auch der Atomausstieg oder die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare. Für jede dieser Sachfragen ermitteln wir die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Politikänderung. Dabei unterteilen wir die Befragten nach Einkommen, Beruf, Alter, Geschlecht und Region in unterschiedliche Gruppen. In der von uns erstellten Datenbank „Responsiveness and Public Opinion in Germany (ResPOG)“ kodieren wir außerdem, zu welchem Politikfeld eine Frage zählt und ob es innerhalb von zwei oder vier Jahren nach der Umfrage zu einer Politikänderung gekommen ist.

- Voraussetzung für selektive Responsivität ist, dass es Meinungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen gibt. Obwohl es Themen gibt, die nicht besonders umstritten sind, gilt dies nicht für alle – und wo es Meinungsunterschiede gibt, folgen diese einem klaren Muster: Je größer die soziale Distanz zwischen zwei Gruppen, desto unterschiedlicher sind deren Meinungen. Dies gilt sowohl für Einkommens- als auch für Berufsgruppen. Politische Meinungsunterschiede sind zwischen sozioökonomischen Gruppen in der Regel größer als etwa zwischen jüngeren und älteren Befragten, Ost- und Westdeutschen oder Männern und Frauen. Dabei weisen ökonomisch bessergestellte Gruppen sowohl in ökonomischer als auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht liberalere Einstellungen auf.
- In diesem Bericht werden erstmals Forschungsergebnisse für Deutschland vorgestellt, die eine ähnliche Schieflage in der politischen Responsivität zulasten der sozial Benachteiligten wie in den USA nachweisen. Für den Zeitraum von 1998 bis 2013 finden wir einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Mehrheitsmeinung höherer Einkommensgruppen und den danach getroffenen politischen Entscheidungen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Armen. Dieses Muster ist besonders deutlich ausgeprägt, wenn sich Befragte mit unterschiedlichem Einkommen in ihren politischen Meinungen unterscheiden. Auch die Präferenzen der Arbeiter_innen werden seltener umgesetzt als etwa die von Beamt_innen oder Selbstständigen.

1. Einleitung

In der Demokratie bedeutet Repräsentation zwei Dinge gleichzeitig, die nicht immer einfach miteinander vereinbar sind. Zum einen sind Abgeordnete frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet, zum anderen müssen sie die Bevölkerung insgesamt, nicht partikularistische Sonderinteressen vertreten. Weder ein imperatives Mandat, bei dem Abgeordnete nur ausführen, was andere ihnen vorgeben, noch eine völlige Entkoppelung des Verhaltens der Gewählten vom Willen der Bevölkerung ist mit einem modernen Verständnis von Repräsentation vereinbar (Pitkin 1967). Häufig wird die Politik kritisiert, weil sie zu sehr dem einen oder dem anderen Pol zuneigt. So wird moniert, dass Bundesregierung und Bundestag – „die da oben“ – abgehoben seien und sich nicht um die Meinung der Bevölkerung kümmern. Dieses Gefühl motiviert die Proteste der PEGIDA-Bewegung (Vorländer/Herold/Schäller 2015). Gleichzeitig wird immer wieder kritisiert, dass die Regierenden nur nach der öffentlichen Meinung schielten. Statt Haltung zu zeigen und nach eigener Überzeugung zu handeln, folge die Politik der über Umfragen ermittelten Mehrheitsmeinung. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach in diesem Zusammenhang von einer „Demoskopiedemokratie“ (Hofmann/Perger 1992: 165), andere Autor_innen bewerten Umfragedaten gleich als „Lebenselixier“ oder „Droge, die die Politiker Woche für Woche einnehmen“ (Hollstein/Bewarder 2011). Aus dieser Sicht werden politische Entscheidungen opportunistisch getroffen, um die Wiederwahlchancen zu verbessern. Doch weder die eine noch die andere Variante der Demokratieverdrossenheit stützt sich auf politikwissenschaftliche Erkenntnisse. Denn politische Entscheidungen, so zeigt die bislang bestehende Forschung, sind weder vom Bevölkerungswillen vollständig entkoppelt, noch bloßer Abklatsch aktueller Umfragen. Politische Entscheidungen reflektieren den Willen der (in Umfragen erfassten) Bevölkerung, aber das Parlament hat genug Autonomie, auch anders zu entscheiden (Brettschneider 1995: 145).

Die Ergebnisse bestehender politikwissenschaftlicher Studien widersprechen der Wahrnehmung, dass politische Entscheidungen nicht mit dem Willen der Bürger_innen übereinstimmen. Ein Grund dafür kann in einer spezifischen Engführung bisheriger Studien bestehen. Denn diese benutzen als Näherung für die öffentliche Meinung die *durchschnittliche* Bewertung politischer Themen und Sachfragen. Damit wird jedoch ausgeblendet, dass es in vielen Fragen unterschiedliche Meinungen und widerstreitende Auffassungen in der Bevölkerung gibt. Doch wenn dies so ist, kann die Politik auf selektive Weise responsiv sein und gleichzeitig abgehoben – sie folgt nicht allen Gruppen in gleichem Maß, sondern nur manchen Bürger_innen. Studien aus den USA belegen diesen Zusammenhang: Die Politik folgt zwar den Anliegen der Bevölkerung, aber nur jenen der sozial Bessergestellten. Wenn Reiche und Arme voneinander abweichende Überzeugungen haben, wird zugunsten der Reichen entschieden, während auch eine hohe Unterstützung unter den Einkommensarmen für eine Politikänderung nicht dazu führt, dass diese eintritt (Gilens 2005). Repräsentation in den USA, so die Schlussfolgerung, ist systematisch verzerrt, weil sich soziale in politische Ungleichheit übersetzt.

In diesem Forschungsprojekt untersuchen wir, ob es eine ähnliche Schiefelage in Deutschland gibt. Dabei stehen die folgenden zwei Forschungsfragen im Vordergrund: Gibt es große Meinungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen bei relevanten politischen Themen? Und wenn ja, können wir eine systematische Verzerrung der Entscheidungen zugunsten höherer Einkommensgruppen beobachten? In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird der Begriff der „Responsivität“ verwendet, um die Übereinstimmung von politischem Handeln einerseits und den Meinungen und Interessen der Bevölkerung andererseits zu bezeichnen (Brettschneider 1995: 15ff). Demokratische Responsivität verlangt, dass nicht nur die Interessen einiger weniger, sondern die Interessen aller Repräsentierten gleichermaßen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Regierenden haben. Im Folgenden untersuchen wir, ob dieses normative Prinzip der Demokratie bei den politischen Entscheidungen in den letzten 15 Jahren zum Tragen gekommen ist.

Der Forschungsbericht ist folgendermaßen aufgebaut: Der nächste Abschnitt gibt einen Überblick über die Literatur und den Forschungsstand der empirischen Responsivitätsforschung. In **Abschnitt 3** erläutern wir die

Datengrundlage und das methodische Vorgehen unserer Untersuchung, um daran anschließend in **Abschnitt 4** die Ergebnisse unserer empirischen Analyse darzustellen. Der Bericht schließt mit einem kritischen Fazit.

2. Problemstellung und Forschungsstand

„Representing here means acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them“ (Pitkin 1967: 209)

In repräsentativen Demokratien müssen die Interessen der Bevölkerung von der Politik berücksichtigt werden. Um das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Politik (bzw. Regierung) und seine Bedeutung für politische Repräsentation theoretisch zu konzeptualisieren, wurde in der demokratietheoretischen Literatur der Begriff der „Responsivität“ entwickelt. Eine Regierung ist demzufolge responsiv, wenn sie die Anliegen und Interessen der Bevölkerung berücksichtigt und auf diese reagiert. Bevölkerungswillen und politisches Handeln sollten also im Einklang stehen. Wenn politische Entscheidungen dagegen der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung widersprechen, so bedürfen sie besonderer Begründung (Pitkin 1967: 232). So muss zwar in einem repräsentativen System ein Handlungsspielraum für die Regierenden gegeben sein, der auch unpopuläre Entscheidungen zulässt, aber eine dauerhafte oder systematische Ignoranz gegenüber dem Bevölkerungswillen untergräbt die Legitimation der Politik (Pitkin 1967: 232-233). Demokratische Responsivität verlangt auch, dass nicht nur die Interessen einiger weniger, sondern die Interessen aller Repräsentierten gleichermaßen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Regierenden haben.

Die empirische Responsivitätsforschung hat in der Politikwissenschaft eine lange Tradition (Miller/Stokes 1963). Sie untersucht den Grad der Responsivität in demokratischen Systemen. Bis vor wenigen Jahren beschäftigte sie sich allerdings ausschließlich mit der Frage, ob ein genereller Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen öffentlichen Meinung einerseits und politischen Entscheidungen andererseits besteht. Konkret wurde in empirischen Studien untersucht, ob politische Entscheidungen (oder das Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter) mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung übereinstimmen (für einen Überblick siehe Manza/Cook (2002); Shapiro (2011)). Methodisch wurde die öffentliche Meinung meist durch Umfragen zu spezifischen politischen Themen erfasst. Page/Shapiro (1983) beispielsweise zeigen für die USA im Zeitraum von 1935 bis 1979 einen starken Zusammenhang zwischen Präferenzänderungen und Politikänderungen, allerdings vor allem in Bereichen, die von der Bevölkerung als besonders wichtig erachtet werden und in denen sich die öffentliche Meinung im Lauf der Zeit stark verändert. Brooks/Manza (2007) weisen in einer ländervergleichenden Studie nach, dass die Umverteilungspräferenzen der Bevölkerung einen starken Einfluss auf die Höhe der Sozialausgaben und ihrer Veränderung im Zeitverlauf haben, selbst wenn für andere gängige Variablen kontrolliert wird. Insgesamt finden viele dieser Studien ein hohes Maß an allgemeiner politischer Responsivität, wenn auch unterschiedlich stark in verschiedenen Politikbereichen (Wlezien 2004). Für den deutschen Fall stammt die umfassendste Studie aus diesem Forschungsfeld von Brettschneider (1995). In ihr wird die Responsivität des Deutschen Bundestags zwischen 1949 und 1990 untersucht. Dabei analysiert Brettschneider (1995: 105) für 94 Fälle, in denen ein Meinungswandel stattgefunden hat, ob der Bundestag darauf reagiert hat. Er betrachtet jedoch nicht nur Entscheidungen des Bundestags, sondern „parlamentarisches Handeln“, zu dem auch Regierungserklärungen, Anfragen oder Aktuelle Stunden zählen, selbst wenn diese für die Gesetzgebung folgenlos bleiben. In 55 bis 60 Prozent der Fälle von Meinungswandel findet eine parlamentarische Handlung des Bundestags statt, weshalb aus Brettschneiders Sicht die Responsivität des Deutschen Bundestags „größer als vielfach behauptet“ ist (Brettschneider 1995: 145).

Vor dem Hintergrund stetig steigender Einkommensungleichheit und ungleicher politischer Partizipation hat sich die Responsivitätsforschung in den letzten Jahren vermehrt der Frage zugewandt, wessen Meinungen politisch berücksichtigt werden. Dabei steht im Vordergrund, ob Arm und Reich den gleichen oder unterschiedlichen Einfluss haben. Die Entwicklung der Responsivitätsforschung und die sich wandelnden Forschungsfragen sind

in **Tabelle 2-1** zusammengefasst. In der neuen Responsivitätsforschung haben vor allem US-amerikanische Autoren untersucht, inwiefern sich ökonomische Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt. Sie zeigen, dass sozial Benachteiligte kaum Einfluss auf den politischen Prozess haben, und warnen deshalb vor den Folgen steigender sozialer Ungleichheit für die Demokratie (Bartels 2008; Flavin 2012; Gilens 2005; Gilens 2012; Gilens/Page 2014). Gilens (2005); (2012) beispielsweise wertet fast 1.800 Sachfragen aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen aus, die zwischen 1981 und 2002 in den USA durchgeführt wurden und jeweils nach der Zustimmung oder Ablehnung zu einer aktuell diskutierten Politikänderung fragten. Er vergleicht die in den Umfragen geäußerten Meinungen mit den politischen Entscheidungen, die bis zu vier Jahre nach der jeweils gestellten Frage getroffen wurden, und kommt zu einem klaren Ergebnis: Wenn sich die Interessen zwischen den Einkommensgruppen unterschieden, folgt die Politik den Einkommensstarken, während die Anliegen der Einkommenschwachen unberücksichtigt bleiben. Bartels (2008: Kapitel 9) kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen: Das Abstimmungsverhalten von US-Senatoren hängt stark von den Interessen der Einkommensstarken ab, wohingegen die Meinung der unteren Einkommenschichten keinen Einfluss hat.

Tabelle 2-1: Traditionelle und neue Responsivitätsforschung

Traditionelle Responsivitätsforschung	Neue Responsivitätsforschung
Öffentliche Meinung	
Was möchte die Mehrheit?	Gibt es widerstreitende Auffassungen?
↓	
Handeln der Legislative	
Folgen die politischen Entscheidungen der öffentlichen Meinung?	Wem folgt die Politik?
↓	
Politische Ergebnisse	
Stimmen die Ergebnisse/Entscheidungen mit der Mehrheitsmeinung überein?	Gibt es eine Schiefelage zugunsten bestimmter sozialer Gruppen?

Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Befunde haben eine anhaltende Diskussion über den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit, Responsivität und politischer Repräsentation angeregt. Da ungleiche Responsivität voraussetzt, dass verschiedene soziale Gruppen widerstreitende Auffassungen zu bestimmten politischen Themen haben, ist ein zentraler Diskussionspunkt, ob signifikante Meinungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen bestehen. Soroka/Wlezien (2008) und Ura/Ellis (2008) finden, dass sich die Präferenzen der Bevölkerung in vielen Politikbereichen nicht nennenswert zwischen Einkommensgruppen unterscheiden, weshalb der Spielraum für ungleiche Responsivität gering sei. Allerdings verwenden sie sehr breit gefasste Indikatoren zur Messung der öffentlichen Meinung. Gilens (2009: 340) dagegen weist in seiner Replik nach, dass die Bereiche, in denen sich

die Interessen sozialer Gruppen unterscheiden, umso sichtbarer werden, je differenzierter Meinungen zu konkreten politischen Programmen, Maßnahmen oder Gesetzen erfragt werden. Zudem sind vor allem Menschen mit sehr hohen Einkommen bzw. Vermögen in Umfragen oft unterrepräsentiert. Um die Präferenzen der obersten Einkommensgruppen näher zu untersuchen, führen Page/Bartels/Seawright (2013) deshalb in einer Pilotstudie 83 Interviews mit US-Amerikaner_innen, deren Vermögen durchschnittlich 7,5 Millionen Dollar beträgt. Sie finden, dass die Befragten zum einen politisch aktiver sind und engere Kontakte zu wichtigen Politiker_innen pflegen, zum anderen in vielen Politikbereichen dezidiert andere Meinungen vertreten als Menschen mit durchschnittlichem Einkommen, vor allem der Sozial- und Steuerpolitik. Zwischen sozialen Gruppen bestehen also signifikante Meinungsunterschiede, wie die Forschung zu den USA zeigt, und die Politik verhält sich deutlich responsiver gegenüber höheren sozialen Schichten.

Sowohl empirische Studien als auch die daran anschließenden wissenschaftlichen Debatten konzentrieren sich bislang vornehmlich auf die USA. Studien zur politischen Responsivität in Europa beschränken sich in den meisten Fällen darauf, die Kongruenz zwischen öffentlicher Meinung und der Meinung von Politiker_innen oder Parteipositionen zu messen (Adams/Ezrow 2009; Bernauer/Giger/Rosset 2013; Giger/Rosset/Bernauer 2012; Petring 2015). Bernauer/Giger/Rosset (2013) zeigen beispielsweise für 24 parlamentarische Demokratien, dass Menschen aus unteren Einkommensschichten sich in ihren Einstellungen stärker von Parteipositionen der ihnen am nächsten stehenden Partei unterscheiden als Menschen aus mittleren und oberen Einkommensschichten. Die inhaltliche Distanz zwischen der eigenen politischen Position und der Position der zur Wahl stehenden Parteien, jeweils gemessen auf der Links-rechts-Skala, ist also größer für Menschen mit niedrigem Einkommen. Ob die so ermittelten ideologischen Unterschiede allerdings auch zu politischen Entscheidungen zu Ungunsten unterer Einkommensgruppen führen, kann auf diesem Weg nicht gezeigt werden. Denn Kongruenz in den Einstellungen stellt nur eine Vorbedingung für kongruentes Handeln dar, und es lässt sich auf diese Weise nicht eindeutig feststellen, ob und wie sich ähnliche Einstellungen in Politikpositionen zu spezifischen Sachfragen übersetzen (Shapiro 2011: 1001-1002). Donnelly/Lefkofridi (2014) dagegen untersuchen in einer vergleichenden Studie westeuropäischer Staaten, inwieweit die öffentliche Meinung zu ausgewählten politischen Themen mit Politikergebnissen übereinstimmen. Für den Zeitraum von 1980 bis 2010 vergleichen sie unter anderem Meinungen zu Themen wie der Höhe öffentlicher Ausgaben in verschiedenen Politikbereichen oder dem Recht auf Abtreibung mit der politischen Situation in dem jeweiligen Staat, in dem die Befragung stattfand. Sie schlussfolgern, dass die Politikergebnisse stärker die Meinungen der oberen Einkommensschichten widerspiegeln als die der unteren Einkommensschichten. Da sie aber *Politikergebnisse* (bspw. die Einkommensverteilung oder die Höhe der Ausgaben für Rentenpolitik zu einem Zeitpunkt) und nicht konkrete, von der Politik getroffene *Entscheidungen* untersuchen, bleibt offen, ob dieses Ergebnis wirklich ungleiche Responsivität widerspiegelt. Wenn die Bevölkerung sich etwa für weniger soziale Ungleichheit ausspricht, die Ungleichheit aber steigt, so kann dies verschiedene Gründe haben. Neben geringerer Umverteilung können auch ökonomische Entwicklungen eine Rolle spielen und im Zweifel kann Ungleichheit sogar steigen, obwohl die Politik versucht, dies zu verhindern.

Auch außerhalb des amerikanischen Kontextes liefern erste Studien somit Hinweise, dass die Politik selektiv responsiv ist, eine umfassende Untersuchung fehlt bisher aber noch. Vor dem Hintergrund anderer institutioneller Voraussetzungen in vielen europäischen Staaten (bspw. Wahlsysteme mit Verhältniswahlrecht und stärkere öffentliche Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen) ist eine solche Untersuchung notwendig – auch, um mögliche Mechanismen ungleicher Responsivität zu identifizieren. Ein für die USA oftmals angeführter Mechanismus ist beispielsweise die große Abhängigkeit der Politik von privaten (Wahlkampf-) Spenden. Kandidat_innen, die einen Sitz im Senat gewinnen, geben im Wahlkampf durchschnittlich 10 Millionen US Dollar aus, für einen Sitz im Repräsentantenhaus sind es ungefähr 1 Million US Dollar. Gleichzeitig zu den immer teurer werdenden Kampagnen wird der Kreis der Großspender_innen, die einen beträchtlichen Teil der Finanzierung tragen, immer kleiner (Gilens 2015: 226). In Europa, wo in den meisten Staaten die Parteifinanzierung vornehmlich öffentlich ist und Wahlkampfspenden viel geringer ausfallen, erscheint dieser Mechanismus weniger plausibel (Woll 2015: 8). Anders verhält es sich dagegen mit anderen in

der Literatur diskutierten Mechanismen, wie beispielsweise der ungleichen politischen Partizipation. Die „Kluft der Wahlteilnahme“ (Schäfer 2011: 142-143) ist in den letzten drei Jahrzehnten in fast allen westlichen Demokratien größer geworden, da Menschen mit niedrigem Einkommen deutlich seltener wählen als diejenigen mit hohem Einkommen. Wenn davon ausgegangen wird, dass im politischen Prozess die Interessen derjenigen stärker berücksichtigt werden, die aktiv politisch partizipieren, kann daraus ungleiche Responsivität resultieren und zu einer Abwärtsspirale führen, in der sich soziale und politische Ungleichheit wechselseitig verstärken. Dieses Argument könnte für die USA und für europäische Staaten gleichermaßen gelten. Gleiches gilt für das Argument, (wirtschaftsnahe) organisierte Interessensgruppen, die häufig andere Interessen vertreten als die Mehrheit der Bürger_innen, würden starken Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (Gilens/Page 2014). Auch hier fehlt allerdings eine umfassende Untersuchung für den deutschen Fall. Ein weiterer Mechanismus ist die Überrepräsentation oberer Schichten in den legislativen Organen (Carnes 2013; Mansbridge 2015), die in den letzten Jahrzehnten fast überall zugenommen hat (Best 2007).

Welches dieser Argumente die größte Erklärungskraft besitzt, bleibt bislang ungeklärt. Eine Vergleichsstudie zu den USA kann deshalb erstens helfen zu klären, ob und in welchem Ausmaß ungleiche Responsivität auch in anderen westlichen Demokratien existiert und darüber zweitens der Frage näher kommen, welche Mechanismen für ungleiche Responsivität verantwortlich sind. In diesem Forschungsprojekt untersuchen wir deshalb erstmalig für den deutschen Fall, wie groß die Meinungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen sind und ob politische Entscheidungen auf ähnliche Weise selektiv responsiv sind, wie dies für die USA nachgewiesen wurde.

3. Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Grundlage unserer Untersuchung ist die Datenbank „Responsiveness and Public Opinion in Germany (ResPOG)“ (Elsässer/Hense/Schäfer 2016). Sie basiert u. a. auf Umfragen des DeutschlandTrends, die von infratest dimap seit Ende 1997 monatlich für die ARD Tagesthemen sowie mehrere Tageszeitungen durchgeführt werden. In telefonischen Interviews werden dabei jeweils ca. 1.000 repräsentativ ausgewählte wahlberechtigte Personen zu aktuellen Sachthemen und zur Wahlabsicht befragt. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen, für Forschungszwecke frei zugänglichen Daten der Jahre 2008 bis 2013 wurden im Rahmen des Projekts für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auch die vorherigen kompletten Jahrgänge von 1998 bis 2007 erworben. Um politische Responsivität empirisch untersuchen zu können, müssen sowohl die Einstellungen der Bevölkerung als auch das Handeln der Politik operationalisiert und gemessen werden, um beides miteinander in Beziehung setzen zu können. Die Umfragen des DeutschlandTrends dienen uns zur Erfassung der Einstellungen zu verschiedenen politischen Themen. Das Handeln der Politik ist in der Datenbank anhand von Entscheidungen des Bundestages in Form von Gesetzen, Beschlüssen etc. erfasst. Die einzelnen Bestandteile der ResPOG-Datenbank werden im Folgenden näher beschrieben.

Nach Durchsicht der Fragebögen des DeutschlandTrends haben wir zunächst 328 Sachfragen identifiziert, die sich auf politische Veränderungen beziehen und in der Regel in die Zuständigkeit des Bundestags fallen. In einigen Fällen ist statt des Parlaments die Bundesregierung, etwa durch Beschlüsse oder Verordnungen zuständig. Auch solche Fragen wurden in die Auswertung aufgenommen. Ausgeschlossen wurden dagegen Fragen, bei denen die Kompetenz für politische Maßnahmen ausschließlich bei den Ländern, Kommunen oder der EU liegt. Ebenso blieben Fragen nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung oder einzelner Politiker_innen oder Prognosen über zukünftige Entwicklungen unberücksichtigt.

Die Kategorie „weiß nicht“ wurde als fehlende Angabe behandelt, die Zustimmungsraten beziehen sich also jeweils auf die Anzahl der Befragten, die eine eindeutige Meinung geäußert haben. Zusätzlich wurden die Fragen danach differenziert, ob es sich um eine einfache Ja/Nein-Abfrage handelt, um eine Frage mit zwei verschiedenen oder mit drei Antwortmöglichkeiten. Dies vereinfacht die Analyse und hilft, Fehlschlüsse zu vermeiden. So sind 50 Prozent Zustimmung zu einer von drei Antwortalternativen anders zu bewerten als die

gleiche Zustimmungsrate zu einer Frage mit nur zwei Antwortmöglichkeiten. Eine Übersicht über die verschiedenen Fragetypen gibt die untenstehende Infobox. Für die Analyse von Meinungsunterschieden zwischen Gruppen im vierten Abschnitt wurden ausschließlich Fragen mit zwei Antwortalternativen berücksichtigt, um die Vergleichbarkeit zwischen den Fragen gewährleisten zu können. Damit können wir 279 Sachfragen auswerten.

Beispiele für unterschiedliche Fragetypen

Pro-contra-Frage: „Derzeit wird über die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland diskutiert. Sind Sie für die Einführung eines solchen Mindestlohns oder dagegen?“

Fragen mit zwei Antwortmöglichkeiten: „Immer mehr Menschen in Deutschland verdienen trotz Vollzeitarbeit so wenig Geld, dass sie von ihrem Einkommen nicht leben können. Um diesen Menschen zu helfen, werden zwei Möglichkeiten diskutiert. Entweder soll durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes garantiert werden, dass die Löhne eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten. Oder aber der Staat zahlt Menschen mit sehr niedrigen Löhnen einen Zuschuss, den sogenannten Kombilohn. Welches Modell sollte Ihrer Ansicht nach eingeführt werden: Mindestlohn oder Kombilohn?“

Fragen mit mehreren Antwortmöglichkeiten: „Derzeit wird über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland diskutiert. Dadurch soll garantiert werden, dass die Löhne eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten. Sind Sie für die Einführung eines Mindestlohns in allen Branchen, sind Sie für einen Mindestlohn nur in bestimmten Branchen oder sind Sie generell gegen einen Mindestlohn?“

Die Verwendung von Umfragen zur Messung der öffentlichen Meinung ist in der Literatur zwar sehr verbreitet, aber nicht gänzlich unumstritten. So wird unter anderem kritisiert, Umfrageergebnisse würden stark von der Art der Fragestellung beeinflusst (Page 2002: 338-339) oder die Arbeit mit Stichproben erlaube keine Rückschlüsse auf die Verteilung der Einstellungen in der Gesamtbevölkerung (Kruke 2014). Bourdieu (1993) geht sogar davon aus, dass so etwas wie „die öffentliche Meinung“ gar nicht existiere, da durch Meinungsumfragen erst Meinungen zu Themen geschaffen würden, mit denen sich die Befragten zum Teil vorher nie auseinandergesetzt hätten und zu denen sie darum gar keine wahre Meinung äußern könnten; für Gegenargumente siehe neben vielen anderen Noelle-Neumann (1998).

Auch wenn diese Kritik ernst genommen werden muss, sprechen für die Untersuchung der vorgestellten Fragestellung doch gute Gründe für die Verwendung von Meinungsumfragen. So belegen Page/Shapiro (1992), dass die kollektive Meinung (gemessen als Aggregat individueller Meinungen) nicht volatil und unberechenbar, sondern konsistent und nicht-zufällig ist. Wie für praktisch alle wissenschaftlichen Methoden gilt also auch für Umfragen, dass sie kein exaktes Abbild der Realität liefern können, dennoch bleiben sie bislang ohne Alternative, um Aussagen über Einstellungen und Verhaltensabsichten zu erfassen (Proner 2011: 289) und ein repräsentatives Bild der Meinung der gesamten Bevölkerung zu erhalten (Page 2002: 340), was gerade für die Beantwortung der Frage nach (un-)gleicher Repräsentation verschiedener Untergruppen von zentraler Bedeutung ist. Wo Aussagen aufgrund der Datengrundlage im Folgenden einzuschränken sind, werden wir darauf hinweisen.

3.1 Die Kategorisierung sozialer Gruppen

In Übereinstimmung mit der neuen Responsivitätsforschung wurden die Befragten in soziale Gruppen differenziert, um auch hier Unterschiede in den Meinungen und später der Responsivität des Bundestages oder der Regierung aufzeigen zu können. Die Einteilung in Ost- und Westdeutschland sowie nach Geschlecht konnte

aus den Ursprungsdaten übernommen werden. Für Alter, Bildung, Beruf und Einkommen wurden neue Kategorien erstellt. Die Kategorie Bildung bezieht sich auf den Schulabschluss und unterscheidet zwischen niedrig (maximal Haupt- oder Volksschulabschluss), mittel (Mittlere Reife oder Abschluss einer Polytechnischen Oberschule) und hoch (mindestens Fachhochschulreife). Das Alter der Befragten reicht von 18 bis Ende 90 und wurde in vier Gruppen unterteilt: 18- bis 29-Jährige, 30- bis 44-Jährige, 45- bis 59-Jährige sowie 60 Jahre und älter. Auch wenn die letztgenannte Gruppe auf den ersten Blick etwas umfangreich scheinen mag, gehört tatsächlich jedoch in den meisten Umfragejahren der größte Anteil der Befragten zur Gruppe der 45- bis 59-Jährigen.

Neben dem formalen Bildungsgrad betrachten wir mit dem Einkommen und der Berufsgruppe zwei weitere sozio-ökonomische Variablen, da es sinnvoll ist, sich im Hinblick auf Meinungsunterschiede mehrere sozio-ökonomische und -demografische Faktoren anzusehen (Kitschelt/Rehm 2006). Dafür sprechen mehrere Gründe: Beide Faktoren allein betrachtet können einen verzerrten Eindruck davon vermitteln, welche gesellschaftliche Position der oder die Befragte innehat. So gibt es viele Menschen, bei denen aufgrund der formalen Qualifikation ein relativ hohes Einkommen zu erwarten wäre, die jedoch unterdurchschnittliche finanzielle Möglichkeiten haben, weil sie beispielsweise freiberuflich, in Teilzeit oder im manuellen Dienstleistungssektor arbeiten. Umgekehrt ist es denkbar, dass Befragte nur eine niedrige Rente erhalten und so in einer unteren Einkommenskategorie einsortiert werden, sie tatsächlich aber aufgrund von Vermögen wie etwa Immobilienbesitz einen vergleichsweise hohen Lebensstandard haben. Personen, die formal niedrig oder mittel gebildet sind, können als Facharbeiter_innen überdurchschnittlich hohe Einkommen erzielen. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass Menschen aufgrund ihrer beruflichen Position und der damit einhergehenden (Un-)Sicherheit zu unterschiedlichen politischen Ansichten neigen, insbesondere in Fragen, die sich auf Umverteilung oder die Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit beziehen (Rueda 2005; Schwander/Häusermann 2013). Manza/Brooks (2010) führen zudem an:

„[w]orkplace settings provide the possibility of talking about politics and forging political identities, and work also provides the springboard for membership in organizations where class politics are engaged: unions, professional associations, business associations, and so forth. Moreover, even setting aside the associational and network dimensions of class micro foundations, common occupational locations tend to give incumbents a shared set of interests connected by the level and type of assets they possess or control in labor and capital markets [...]“ (Manza/Brooks 2010: 204)

Der Beruf sollte demnach stärker als politisierender Faktor wirken als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Einkommensgruppe.

Eine Klassifizierung einzelner Berufe, wie sie Ganzeboom/Treiman (1996) entwickelt haben und die in sozialwissenschaftlichen Studien häufig verwendet wird, ist mit unseren Daten allerdings nicht möglich, da die Befragten des DeutschlandTrend keine Angaben zu ihrer konkreten beruflichen Tätigkeit machen. Stattdessen werden sie lediglich in Berufsstatusgruppen unterteilt, also in Arbeiter_innen, Angestellte, Beamt_innen, Selbstständige und Landwirt_innen. Landwirt_innen sind in allen Befragungsjahren nur in sehr geringer Zahl vertreten und werden von den Berufsgruppenanalysen ausgeschlossen, da anhand so weniger Fälle keine verlässlichen Aussagen zu ihrem Antwortverhalten zu machen sind. Arbeiter_innen, Angestellte und auch Beamt_innen wurden in den Befragungen zusätzlich nach ihrem Qualifikationsniveau gefragt, so dass hier weitere Unterteilungen möglich sind. Bei den Beamt_innen haben wir aufgrund der andernfalls zu geringen Fallzahlen auf eine weitere Aufteilung nach Laufbahnen verzichtet. Insgesamt kommen wir so in Anlehnung an das von Erikson/Goldthorpe (1993) entwickelte Klassenschema zu einer Unterteilung in sechs Berufs(status)gruppen : 1. Un- bzw. angelernte Arbeiter_innen, 2. Facharbeiter_innen, 3. einfache Angestellte, 4. höhere Angestellte, 5. Beamt_innen und 6. Selbstständige. Eine Unterteilung der Arbeiter_innen und Angestellten in jeweils zwei Gruppen erfolgte aufgrund der sehr unterschiedlichen Einkommens- und

Bildungsniveaus in diesen Statusgruppen. So sind die einfachen Angestellten in Bezug auf Einkommen und Bildung den beiden Arbeiter_innengruppen ähnlicher als den höheren Angestellten. Beamt_innen und Selbstständige sind dagegen zwei sehr heterogene Gruppen in Bezug auf Einkommen und Bildungsabschlüsse. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Beamt_innen sich aufgrund ihrer Tätigkeit stärker für staatliche Eingriffe aussprechen, während Selbstständige in der Regel ein Interesse daran haben sollten, von staatlichem Eingriff möglichst verschont zu werden. Ihre politischen Präferenzen sollten sich daher zumindest in einigen Politikbereichen von allen anderen Gruppen abhängig Beschäftigter unterscheiden. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass diese beiden Gruppen trotz ihrer Heterogenität prinzipiell einen hohen sozialen Status innehaben.

Im DeutschlandTrend wird lediglich das Einkommen des gesamten Haushalts ermittelt, in dem die Befragten leben, ohne gleichzeitig nach der Zahl der im Haushalt lebenden Personen zu fragen. Wünschenswert wäre eine Auskunft darüber, wie viel Euro dem bzw. der einzelnen Befragten pro Monat netto zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass das Einkommen nicht als fortlaufender Betrag, sondern in Kategorien erhoben wird, deren Anzahl sich nach der Euroeinführung 2002 von sechs auf sieben erhöht hat. Ebenso findet keine Anpassung der Kategorien im Lauf der Zeit statt, obwohl die Einkommen nominell aufgrund von Inflation und neuen Tarifabschlüssen ansteigen. Wenn jemand im Jahr 1998 5.000 DM verdient hat, ist dies kaum mit einem heutigen Einkommen von 2.500 Euro zu vergleichen. Mithilfe der uns vorliegenden Daten kann folglich nicht das Nettoäquivalenzeinkommen berechnet werden, wie es in der Armut- und Reichtumsberichterstattung üblich ist. Allerdings ist gleichzeitig nicht davon auszugehen, dass eine systematische Verzerrung der Ergebnisse vorliegt. Anhand von aktuellen Daten der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (ALLBUS 2014) lässt sich überprüfen, wie stark das ungewichtete und das gewichtete Haushaltseinkommen übereinstimmen. Beim gewichteten Einkommen wird das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts durch die Quadratwurzel der Haushaltspersonen geteilt. Das so korrigierte Einkommen korreliert extrem hoch mit dem Haushaltseinkommen, das die Personenzahl nicht beachtet ($r=0,94$; $p=0,000$, $N=3.061$). Daraus folgt, dass auch die uns vorliegenden Angaben niedrige Einkommen zuverlässig von mittleren oder hohen unterscheiden. Wie auch sonst in Umfragen werden sehr hohe Einkommen nicht erfasst.

Um eine Vergleichbarkeit der Einkommensgruppen miteinander und über Zeit herstellen zu können, orientieren wir uns an Gilens' (2005; 2012) Vorgehensweise, mit der die Befragten in Hundertstel (Perzentile) eingeteilt werden können, ohne dass ihr tatsächliches Einkommen bekannt sein muss. Dies entspräche in der Realität dem Vorgehen, 100 Befragte zu bitten, sich der Höhe ihres Einkommens nach in einer Reihe aufzustellen. Bei der statistischen Berechnung wird jedem Befragten der mittlere Wert des prozentualen Anteils seiner Einkommensgruppe zugewiesen. Wenn also zum Beispiel die unterste Einkommensgruppe fünf Prozent der Befragten umfasst und die nächsthöhere 10 Prozent, bekommen die Befragten der ersten Gruppe den Wert 2,5 zugewiesen, die der zweiten den Wert 10 (als mittlerer Wert zwischen 5 und 15 Prozent, dem unteren und oberen Ende dieser Einkommensgruppe). Anschließend wird durch eine logistische Regression geschätzt, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Befragter einer Antwortalternative zugestimmt hat. In die Regression fließen als erklärende Variablen der so ermittelte Gruppenmittelwert sowie dessen Quadrat ein, um auch nichtlineare Zusammenhänge berücksichtigen zu können (Gilens 2012: 61). Um auf das Beispiel mit den 100 Befragten zurückzukommen, würde man also die Antwort eines Teilnehmers aus den mittleren Zustimmungswerten seiner Nachbarn schätzen.

Gilens führt solche Berechnungen für das 10., 50. und 90. Perzentil durch, um Meinungsunterschiede zwischen niedrigen, mittleren und hohen Einkommen feststellen zu können. Um zu überprüfen, ob diese Schwellenwerte die tatsächlichen Unterschiede zwischen besonders Armen und besonders Reichen unterschätzen, haben wir zusätzlich die Antwortwahrscheinlichkeiten für das 1. Perzentil, also für das einkommensschwächste Hundertstel der Befragten, und für das 99. Perzentil, also den zweitreichsten von 100 Befragten, berechnet. Allerdings ist zu beachten, dass die höchste abgefragte Einkommenskategorie eines Haushalts „5.000€ und mehr“ ist, eine weitere Differenzierung findet nicht statt. Jedoch zeigten sich auch mit unserem Vorgehen bereits deutliche Unterschiede

zwischen Personen mit hohem und niedrigem Einkommen, wie **Abschnitt 4** zeigen wird. Vergleicht man einerseits das 10. und das 90. Perzentil und andererseits das 1. und das 99. Perzentil miteinander, zeigt sich, dass bereits die erste, weniger extreme Differenz unterschiedliche Meinungen gut erfasst.

Überblick über die verwendeten Variablen zur Kategorisierung der Befragten

Geschlecht	weiblich männlich
Region	Westdeutschland Ostdeutschland
Bildungsgrad	niedrig (Haupt- oder Volksschulabschluss) mittel (Mittlere Reife oder Polytechnische Oberschule) hoch (mindestens Fachhochschulreife)
Berufsgruppe	un- und angelernte Arbeiter_innen Facharbeiter_innen einfache Angestellte höhere Angestellte Beamt_innen Selbstständige
Einkommensgruppe* (ab 2002)	unter 750 Euro 750 bis unter 1.500 Euro 1.500 bis unter 2.000 Euro 2.000 bis unter 3.000 Euro 3.000 bis unter 4.000 Euro 4.000 bis unter 5.000 Euro 5.000 Euro und mehr
Einkommensperzentil (statistisch ermittelt)	1. 10. 50. 90. 99.

* bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen der Befragten, nicht bedarfsgewichtet

Bei der Interpretation der Einkommensunterschiede ist demnach zu beachten, dass es sich hier um statistisch ermittelte Wahrscheinlichkeiten handelt, während für Bildungs- und Berufsgruppen die tatsächlich erhobenen Ergebnisse verglichen werden. Um sicherzugehen, dass das oben beschriebene Verfahren die Ergebnisse nicht verfälscht, haben wir zusätzlich die Einkommenskategorien beibehalten, wie sie im DeutschlandTrend abgefragt wurden. Alle Vergleiche zeigen, dass sich die Effekte nicht wesentlich ändern, wenn wir statt der vorhandenen Einkommenswerte die von uns berechneten verwenden. Gleichzeitig kann unser Vorgehen aber die oben beschriebenen Probleme der Einkommenserhebung ausgleichen.

Mit Hilfe der so definierten Gruppen kann für jede Frage die Zustimmungsrate in den einzelnen Subgruppen berechnet werden. Um die Unterschiede zu berechnen, wurden jeweils die Werte einer Gruppe von der einer anderen subtrahiert. Jeder einzelnen der ausgewählten Fragen wird anschließend eine Variable hinzugefügt, die

Auskunft darüber gibt, auf welches Politikfeld sich die Frage bezieht. So lässt sich feststellen, ob die Meinungsunterschiede oder die Responsivität beispielsweise in der Sozialpolitik anders ausfallen als etwa in der Außenpolitik. Die sechs Politikfelder sind: 1. Außenpolitik, 2. Wirtschafts- und Finanzpolitik (hierzu gehören auch Fragen nach Infrastruktur), 3. Arbeit und Soziales, 4. Umwelt und Energie, 5. Migration und Asyl und 6. Gesellschaft (hierunter fassen wir auch Fragen nach dem politischen System, zum Beispiel nach mehr Volksabstimmungen oder einer Begrenzung der Amtszeiten des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin). Knapp 60 Prozent der Fragen beziehen sich auf die Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik, so dass insbesondere Aussagen zu Unterschieden in diesen Feldern gemacht werden können.

3.2 Inhaltliche Richtung von Meinungsunterschieden

Bei der Suche nach Meinungsunterschieden ist es nicht nur interessant zu erfahren, ob und in welchem Ausmaß sich soziale Gruppen in ihren Präferenzen unterscheiden, sondern auch, in welche Richtung diese Unterschiede gehen. So wäre beispielsweise zu erwarten, dass sich Befragte mit einem niedrigen Einkommen eher für höhere Steuern für Gutverdienende und eine Ausweitung sozialstaatlicher Umverteilung aussprechen als Personen, die aufgrund ihres Einkommens in der Lage sind, sich individuell gegen Risiken wie Krankheit oder Arbeitsplatzverlust abzusichern. Aus diesem Grund haben wir allen Fragen eine Kodierung hinzugefügt, die sie inhaltlich einordnet. Fragen zu staatlicher Umverteilung und Absicherung gegenüber Risiken lassen sich auf einer Achse Staat-Markt (oder auch Links-Rechts) einordnen. Im Kern geht es darum, ob die Befragten eher auf die Solidargemeinschaft setzen und den Staat in der Pflicht sehen, durch Umverteilung und ggf. auch Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit für Gleichheit zu sorgen oder ob sie eher der klassisch liberalen Vorstellung zuneigen, dass Lebensrisiken vor allem ein individuelles Risiko darstellen und Fragen der Verteilung in erster Linie der Markt regeln sollte (Kitschelt 1994: 9). Auch die Forderung nach Steuersenkungen oder einem anderweitigen Rückbau der Staatstätigkeit wäre auf dieser Achse am Pol „Markt“ zu verorten. Die Zuordnung der Fragen zu den Polen der Achse erfolgt jeweils in Bezug auf die erste Antwortalternative.

Beispielfragen für die Zuordnung auf der Achse Staat – Markt

Staat Besserverdienende zahlen ja heute mehr Steuern als Normal- oder Geringverdiener. Aus Teilen der SPD ist die Forderung gekommen, Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Verschuldung heranzuziehen. Halten Sie diese Forderung für richtig oder halten Sie sie für nicht richtig?

Sollte die Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft Konjunkturhilfen beschließen, oder sollte sie den bisherigen Sparkurs weiterhin strikt einhalten?

Markt Seit dem 1. Januar müssen Patienten bei einem Arztbesuch pro Quartal 10 Euro zahlen, um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen im Griff zu halten. Finden Sie persönlich die Praxisgebühr alles in allem in Ordnung oder ist das keine gute Sache?

Die Bundesregierung hat grundsätzlich beschlossen, dass es zum 1. Januar 2013 Steuersenkungen geben soll. Sie berät zur Zeit darüber, wie das konkret aussehen kann. Finden Sie es richtig, dass es Steuersenkungen geben soll oder finden Sie das nicht richtig?

Anmerkung: Die Zuordnung bezieht sich jeweils auf die erste genannte Antwortalternative. Die Zustimmungsraten der Einkommens- und Berufsgruppen stellen Tabelle 6-1 und 6-2 im Anhang dar.

Nicht alle Fragen lassen sich jedoch auf der Achse Staat-Markt einordnen. Das zweidimensionale Modell des Politikraums sieht daneben noch eine zweite, vor allem kulturell geprägte Achse vor, deren Pole als Universalismus und Partikularismus bezeichnet werden können (Häusermann/Kriesi 2015). Als universalistisch

werden Positionen eingeordnet, die gleiche Rechte für alle fordern, aber auch staatliche Verbote eher ablehnen. Im Gegensatz zur Staat-Markt-Achse geht es dabei aber nicht um Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern eher darum, wie das gemeinsame Leben in einer Gesellschaft geregelt sein soll (Kitschelt 1994: 10-12). Hierzu gehören auch Fragen nach der Gleichberechtigung von Frau und Mann oder nach dem Umweltschutz. Teilweise wird statt des Begriffs des Universalismus auch die Abkürzung GAL (für Grün-Alternativ-Libertär) verwendet (Hooghe/Marks/Wilson 2002). Universalistische Positionen könnten also auch als libertär bezeichnet werden. Partikularistische Einstellungen fordern dagegen beispielweise eine Einschränkung des Rechts auf Asyls oder die Verschärfung des Strafrechts, für sie sind erworbene Rechte, z. B. durch die Staatsbürgerschaft, wichtiger als universale Rechte, Sicherheit hat für sie Vorrang vor individuellen Freiheiten. Das Gegenstück zu GAL wäre hier TAN (für Traditionell-Autoritär-Nationalistisch). Weitere Beispiele für die beiden Richtungen zeigt der folgende Infokasten.

Beispielfragen für die Zuordnung auf der Achse Universalismus - Partikularismus

Universalismus US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, das umstrittene US-Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, in dem ohne Gerichtsverfahren Terrorverdächtige über Jahre festgehalten wurden. Was meinen Sie: Sollte Deutschland unschuldige Guantanamo-Häftlinge, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, aus humanitären Gründen aufnehmen oder nicht?

Es wird darüber diskutiert, ob in Deutschland mehr Frauen in Firmen und Unternehmen in Führungspositionen kommen sollten. Nach Ihrer eigenen Erfahrung aus Firmen, die Sie kennen oder in denen Sie gearbeitet haben: Finden Sie es wichtig, dass es künftig mehr Frauen in Führungspositionen gibt?

Partikularismus Derzeit wird über ein Verbot der Partei NPD diskutiert. Wie ist Ihre Meinung: sollte die NPD verboten werden?

Derzeit werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Sicherheit beim Fliegen zu erhöhen. Befürworten Sie einen Verkaufsstopp von Alkohol, Parfüm und Rasierklingen in Duty Free Shops oder lehnen sie ihn ab?

Anmerkung: Die Zuordnung bezieht sich jeweils auf die erste genannte Antwortalternative. Die Zustimmungsraten der Einkommens- und Berufsgruppen stellen Tabelle 6-3 und 6-4 im Anhang dar.

3.3 Politische Entscheidungen

Mit dem bis hierher beschriebenen Vorgehen lassen sich Aussagen über Meinungsunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen sowie in unterschiedlichen Politikfeldern treffen. Um bewerten zu können, welche Chancen Mehrheitsmeinungen haben, politisch umgesetzt zu werden, und wem die Politik bei Meinungsunterschieden folgt, fehlen Informationen über erfolgte oder unterlassene Entscheidungen. Dabei ist zu beachten, dass die hier analysierten Sachfragen in aller Regel nach einer Änderung des Status quo fragen. Meist geht es dabei um Vorschläge, die von der Regierung oder einzelnen Abgeordneten eingebracht wurden und zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern sollen. Teilweise beziehen sich die Fragen auch auf Entscheidungen aus der Vergangenheit, so wird beispielsweise immer wieder nach der Zustimmung zum Ausstieg aus der Atomenergie gefragt, auch lange nachdem dieser gesetzlich beschlossen wurde.

Die Fragen sind jeweils so aufgebaut, dass Antwortalternative 1 Zustimmung zu der betreffenden Politikänderung bedeutet und Antwort 2 Ablehnung. Für die Responsivität wurden jeder Frage drei neue Variablen hinzugefügt. Bei der ersten Variablen wurde eine 1 vergeben, wenn sich die Frage auf eine bereits

erfolgte Entscheidung bezieht, wie beim gerade genannten Beispiel des Atomausstiegs. Maßgeblich für den Zeitpunkt, zu dem eine Änderung erfolgt ist, ist bei Gesetzen das Datum der Ausfertigung, bei Beschlüssen der Tag der Beschlussfassung. Die zweite und dritte Responsivitätsvariable fragen danach, ob innerhalb eines Zwei- bzw. eines Vierjahres-Zeitraums eine entsprechende Änderung erfolgt ist. Wir beschränken uns auf den Zeitraum von maximal vier Jahren, weil ein späteres Handeln der Politik kaum noch als responsive Reaktion zu werten ist. So kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Abschaffung der Wehrpflicht 2011 in keinem kausalen Zusammenhang damit stand, dass sich bereits 2003 57 Prozent der Befragten für die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee aussprachen.

Der Bundestag stellt auf seiner Website mit dem Dokumentations- und Informationssystem (DIP) eine Möglichkeit der systematischen Recherche nach Gesetzen und Parlamentsbeschlüssen zur Verfügung, die sämtliche Wahlperioden bis heute umfasst. Da in einigen Themenfeldern die Trefferzahl sehr hoch ist und die Fragestellung zum Teil wenig Anhaltspunkte dafür liefert, welche Schlagworte im DIP zum Ziel führen, haben wir zusätzlich in Datenbanken wie Nexis oder dem Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nach Artikeln über Gesetzesvorhaben oder -änderungen gesucht. So war es möglich, einen umfassenderen Eindruck zu erhalten, auf welche politischen Debatten sich die Frage bezieht und in welchem Zeitraum ggf. ein Beschluss ergangen ist. Bei Fragen aus dem Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die wie erwähnt einen Großteil der Fragen ausmachen, war zudem das Angebot von sozialpolitik-aktuell.de hilfreich, insbesondere die Chronologie zu Sozialreformen von 1998 bis 2014 (Bäcker 2015).

Um sicherzustellen, dass wir richtig einordnen, ob eine Politikänderung stattgefunden hat, haben mehrere Personen unabhängig voneinander den Stand der Gesetzgebung recherchiert. Dabei sind wir wie folgt vorgegangen: Mithilfe des DIP wurden zunächst alle Gesta-Nummern (bzw. bei Beschlüssen die Drucksachen-Nummer) aus dem untersuchten Zeitraum identifiziert, die mit thematisch passenden Schlagworten versehen sind. Im nächsten Schritt haben wir die Einträge im DIP aussortiert, die sich nicht mit der in der Fragestellung angesprochenen Änderung befassten oder nicht zur Abstimmung gekommen sind. Bei den nun übrig gebliebenen haben wir über die inhaltliche Zusammenfassung oder, wenn nötig, im Bundesgesetzblatt nachvollzogen, ob die in der Frage angesprochene Änderung durch das Gesetz erfolgt ist. Dieses Vorgehen, in Verbindung mit den beschriebenen zusätzlichen Informationsquellen, ermöglichte eine klare Zuordnung der Gesetze zu unseren Fragen. Da die von uns untersuchten Fragen sehr spezifisch nach Politikänderungen fragen und häufig auf öffentlich diskutierten Vorschlägen beruhen, konnte auf diese Weise bei allen in die Analyse eingeschlossenen Fragen eindeutig kodiert werden, ob eine Politikänderung erfolgte oder nicht.

Nicht zu allen Fragen, für die wir Meinungsunterschiede analysiert haben, war es möglich oder sinnvoll, Responsivität zu kodieren. Die Fallzahl reduziert sich daher bei diesen Analysen noch einmal um 27 Fälle. Um sicherzugehen, dass keine verzerrten Effekte aufgrund der Fallzahl geschätzt werden, haben wir die gleichen Analysen auch mit weiteren Fällen aus der ResPOG-Datenbank durchgeführt, die aus den Daten einer anderen Umfrage stammen, und im Wesentlichen die gleichen Ergebnisse erhalten.

Wie messen wir nun die Responsivität bzw. die Stärke des Einflusses einzelner Gruppen auf die Umsetzung politischer Vorhaben? Grundsätzlich wäre es denkbar, sich zu jeder politischen Entscheidung anzusehen, ob eine Mehrheit der Befragten dieser zugestimmt hat und in welchen Gruppen die Zustimmung besonders groß war. Diese Vorgehen lässt jedoch zum einen nur schwer Aussagen zum responsiven Verhalten insgesamt zu, da zu befürchten ist, dass die Analyse für jede einzelne Frage Unterschiede im Gesamten verwischt: Wenn mal diese und mal jene Gruppe bekommen hat, was sie wollte, wäre das Gesamtergebnis, dass Politik immer oder nie responsiv ist. Hinzu kommt, dass mit diesem Verfahren wenig Aussagen über Unterschiede in der Intensität, mit der eine Gruppe sich für eine Politikänderung ausspricht, und die daraus resultierenden Aussichten auf Umsetzung zulässt. Es macht durchaus einen Unterschied, ob eine Politikänderung nicht stattfindet, für die sich 51 Prozent der Befragten aussprechen, oder ob die Politik den Willen von 99 Prozent der Befragten ignoriert (Gilens 2012: 66). All dies lässt sich berücksichtigen, wenn man die Umfrageergebnisse als Einflussfaktor dafür

betrachtet, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein bestimmtes Ereignis (hier die Umsetzung des abgefragten Vorhabens innerhalb von zwei bzw. vier Jahren) eintritt. Dazu rechnen wir eine logistische Regression der Politikänderung auf die Zustimmungsraten und können so Aussagen darüber machen, wie viel wahrscheinlicher (oder unwahrscheinlicher) eine Änderung wird, wenn sie beispielsweise vom 90. Perzentil der Einkommensskala deutlich mehr Zustimmung erhält als vom 10. Perzentil. (Näheres zur logistischen Regression und wie ihre Ergebnisse zu interpretieren sind, siehe **Abschnitt 4.2**). Eine Präsentation der Ergebnisse unserer Untersuchung folgt im nächsten Abschnitt.

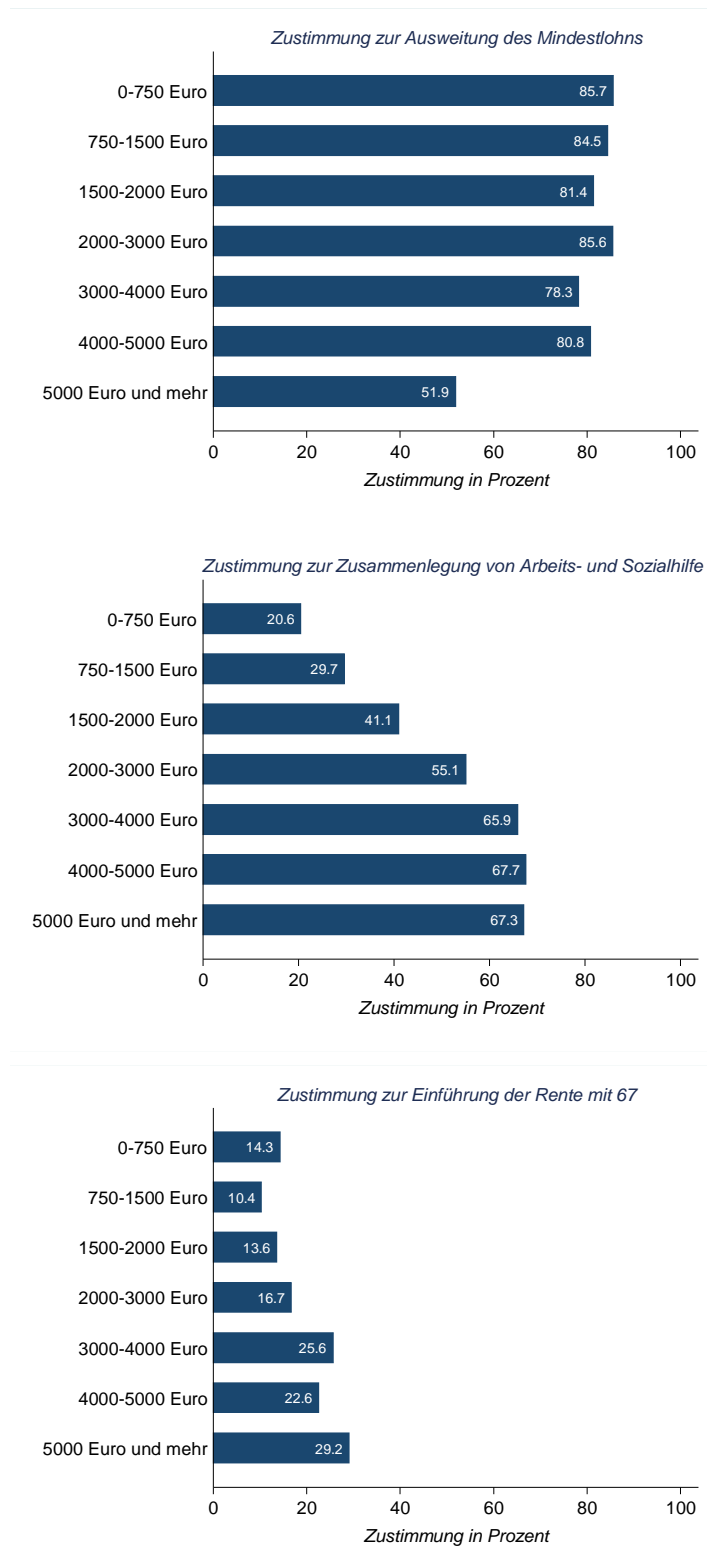
4. Empirische Ergebnisse

Die neue Responsivitätsforschung geht davon aus, dass Responsivität selektiv erfolgt, da nicht alle Gruppen in gleicher Weise bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Um herauszufinden, ob die Entscheidungen des Deutschen Bundestags eine Schiefelage zulasten der Präferenzen einkommensschwacher Gruppen aufweisen, gehen wir in zwei Schritten vor. Im ersten prüfen wir, wie groß die Meinungsunterschiede zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen in den von uns untersuchten Fragen sind. Dabei vergleichen wir die Unterschiede zwischen Einkommensgruppen nicht nur mit denen von Männern und Frauen, Ost- und Westdeutschen, sondern auch mit Bildungs- und Berufsgruppen. Im zweiten Schritt prüfen wir auf Grundlage dieser Unterschiede, mit wessen Einstellungen die anschließend getroffenen politischen Entscheidungen übereinstimmen.

4.1 Meinungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen

Unter den von uns untersuchten Sachfragen finden sich einige, in denen sich deutliche Abweichungen im Antwortverhalten zwischen den Befragtengruppen zeigen. So waren 2003 68 Prozent der Befragten in der Kategorie mit dem höchsten Haushaltseinkommen der Meinung, dass die Pläne zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in die richtige Richtung gehen, in der untersten Einkommenskategorie teilten diese Einschätzung dagegen nur 27 Prozent der Befragten. Auch im Bereich der Verteidigungspolitik lassen sich regelmäßig deutliche Unterschiede feststellen. So befürworteten im Jahr 2007 75 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 750 € einen möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, während dies unter den einkommensstärksten Befragten nur 43 Prozent forderten. Daneben gibt es Fragen, in denen fast alle Befragten einer Meinung sind. So lehnten 2002 in allen Einkommensgruppen etwa drei Viertel den Vorschlag aus den Reihen der Grünen ab, die Ökosteuer stärker zu erhöhen als bereits beschlossen, um die Beiträge zur Rentenversicherung stabil zu halten. Weitere Beispiele sind in **Abbildung 4-1** grafisch und im **Anhang** tabellarisch dargestellt.

Abbildung 4-1: Beispiele für Meinungsunterschiede



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: Die Teilgrafiken zeigen für drei ausgewählte Fragen die prozentuale Zustimmung in verschiedenen Einkommensgruppen.

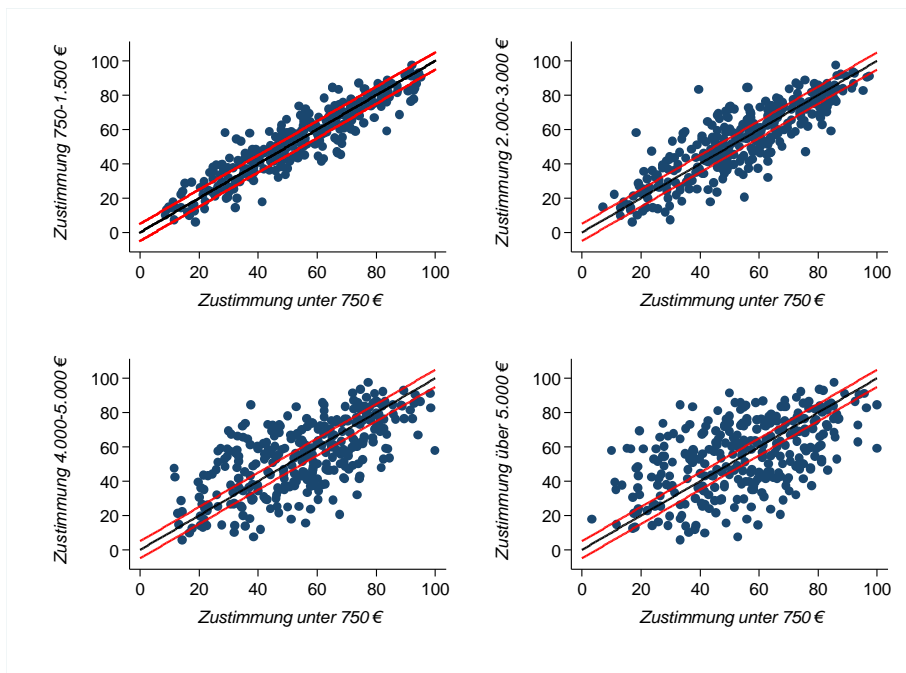
Jenseits dieser Beispiele ermöglicht es nur der Blick auf eine große Anzahl von Sachfragen, Muster in den Einstellungen unterschiedlicher sozialer Gruppen zu erkennen. Für die nachfolgende Analyse von Responsivität ist es besonders wichtig zu verstehen, wie stark die Politikpräferenzen voneinander abweichen, denn nur wenn es

Unterschiede gibt, lässt sich feststellen, wem die Politik folgt. Im Folgenden betrachten wir vorwiegend Einstellungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen, greifen aber für den Vergleich immer wieder auch auf andere Gruppen zurück.

Für jede einzelne Frage im Datensatz haben wir den Anteil der Befragten in unterschiedlichen Untergruppen ermittelt, der einer Politikänderung zustimmt. Vergleicht man die Zustimmungswerte miteinander, wird ein positiver Zusammenhang sichtbar: Wird die abgefragte Politikänderung von einer Gruppe positiv beurteilt, stimmt auch die Vergleichsgruppe in höherem Maße zu. Allerdings kann sich der Grad der Zustimmung deutlich unterscheiden, und wie weit die Antworten von zwei Gruppen voneinander abweichen, hängt davon ab, wie weit die Einkommen auseinanderliegen. In **Abbildung 4-2** ist auf der horizontalen Achse abgetragen, wie groß der Anteil der Befragten mit einem Haushaltseinkommen von bis zu 750 Euro ist, der einer Politikänderung zustimmt. Die vertikale Achse zeigt in allen vier Teilgrafiken das Antwortverhalten von Gruppen mit höherem Einkommen. Jeder Punkt in den Streudiagrammen steht für eine Sachfrage. Wenn in beiden Vergleichsgruppen exakt derselbe Anteil einer Politikänderung zustimmt, liegen die Punkte genau auf der schwarz eingezeichneten Diagonalen, weichen sie jedoch voneinander ab, liegen sie oberhalb oder unterhalb davon. Um ermitteln zu können, wie stark sich das Antwortverhalten unterscheidet, ist in den Streudiagrammen zusätzlich ein Korridor zwischen zwei roten Linien eingetragen. Für alle Fragen, in denen die Antworten weniger als zehn Prozentpunkte voneinander abweichen, liegen die Punkte zwischen den beiden roten Linien. Bei den Befragten der untersten beiden Einkommensgruppen sind die Einstellungen am ähnlichsten (**Abbildung 4-2**, nordwestlicher Quadrant). Die Antworten liegen dicht beieinander und mehr als 80 Prozent innerhalb des Zehnprozentpunkte-Korridors. Die Anzahl von Fragen mit größeren Meinungsunterschieden nimmt schrittweise zu, umso weiter die Einkommen voneinander abweichen. Im südöstlichen Quadranten der Abbildung, in dem die unterste Einkommensgruppe mit der obersten verglichen wird, sind die Meinungsunterschiede in zwei Dritteln der Fragen größer als 10 Prozent. Bei jeder dritten Sachfrage liegen sogar mehr als 20 Prozentpunkte zwischen beiden Gruppen. Obwohl also in allen Fällen eine positive Korrelation zwischen den Antwortanteilen vorliegt, gibt es doch zahlreiche Sachfragen, in denen Einkommensgruppen unterschiedlicher Meinung sind.

Ein weitgehend deckungsgleiches Bild ergibt sich, wenn nicht die vorgegebenen Einkommenskategorien, sondern die von uns errechneten Einkommensgruppen verwendet werden (siehe **Abschnitt 3.2** oben). Auch hier unterscheidet sich das Antwortverhalten der Befragten umso stärker, je weiter die Einkommen auseinanderliegen (**Abbildung 4-3**). Allerdings ist die Streuung der Punkte in den Diagrammen etwas geringer als in der vorherigen Abbildung, was verdeutlicht, dass unsere Vorgehensweise eine konservative Schätzung der Einstellungsunterschiede darstellt. Die Korrelation zwischen den Einstellungen des untersten und des 10. Perzentils ist so hoch ($r=0,99$), dass es für alle nachfolgende Analysen unerheblich ist, welche Kategorie verwendet wird. Doch unabhängig davon, welche Maßzahl wir betrachten, ist ein klarer Zusammenhang zwischen dem Einkommen von Befragten und ihren politischen Einstellungen erkennbar.

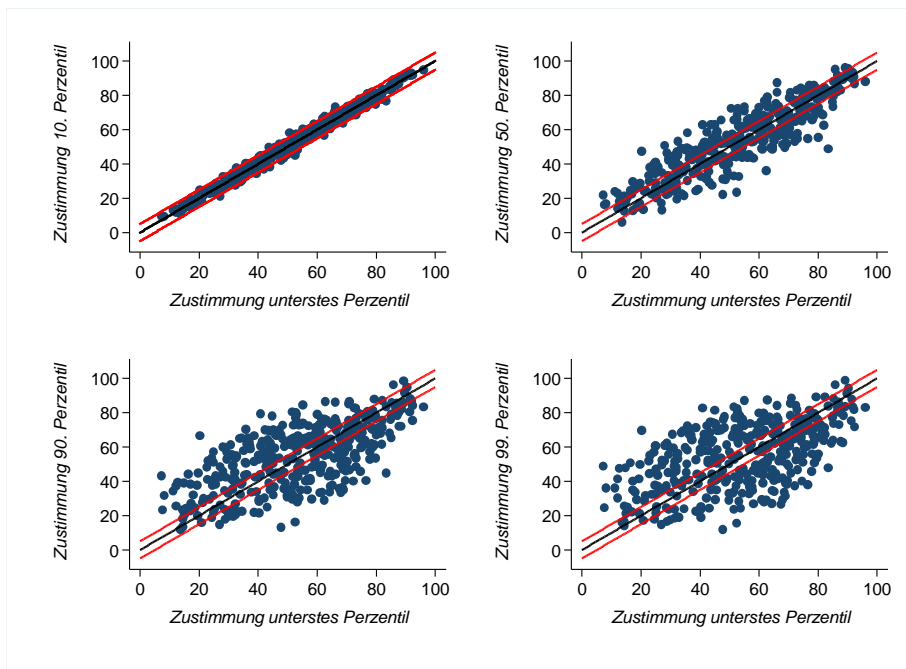
Abbildung 4-2: Korrelation des Antwortverhaltens nach Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: Jeder Punkt in den vier Diagrammen steht für eine Frage. Auf der horizontalen Achse wird abgetragen, wie hoch die Zustimmung bei Befragten mit einem Haushaltseinkommen mit bis zu 750 Euro ist, auf der horizontalen die Zustimmung von vier Vergleichsgruppen mit jeweils höherem Einkommen. Falls beide Gruppen übereinstimmen, liegen die Punkte auf der schwarzen diagonalen Linie. Je weiter die Punkte auseinanderliegen, desto größer sind die Meinungsunterschiede. Die beiden roten Linien kennzeichnen den Bereich, in dem die Antworten nicht mehr als zehn Prozentpunkte voneinander abweichen.

Abbildung 4-3: Korrelation des Antwortverhaltens nach Einkommensperzentilen

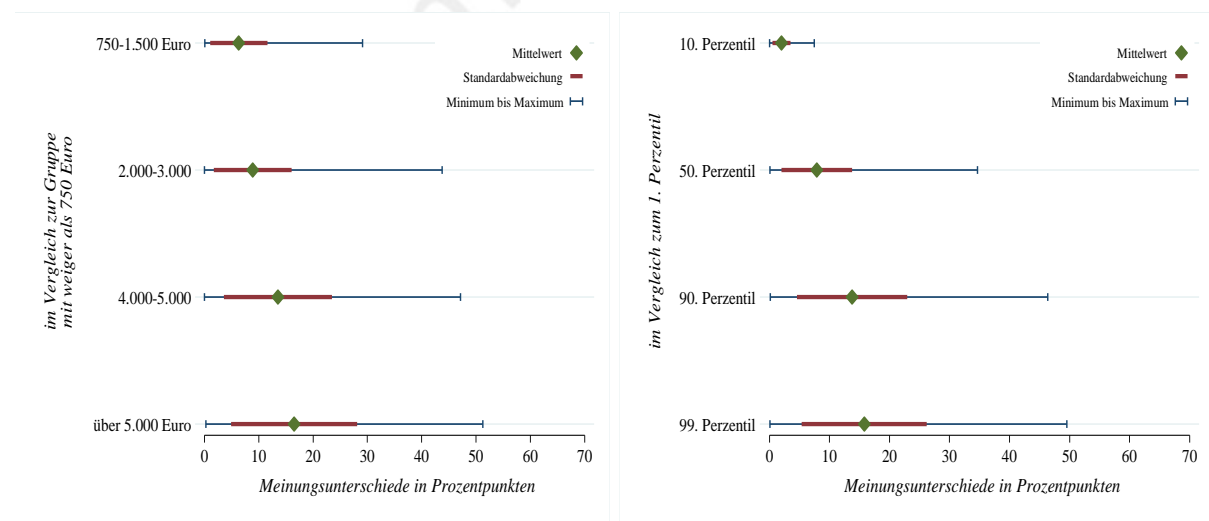


Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: Jeder Punkt in den vier Diagrammen steht für eine Frage. Auf der horizontalen Achse wird abgetragen, wie hoch die Zustimmung bei Befragten des untersten Einkommensperzentils ist, auf der horizontalen die Zustimmung von vier Vergleichsgruppen mit jeweils höherem Einkommen. Falls beide Gruppen übereinstimmen, liegen die Punkte auf der schwarzen diagonalen Linie. Je weiter die Punkte auseinanderliegen, desto größer sind die Meinungsunterschiede. Die beiden roten Linien kennzeichnen den Bereich, in dem die Antworten nicht mehr als zehn Prozentpunkte voneinander abweichen.

Um einen besseren Eindruck zu bekommen, wie groß die Meinungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen sind, wird im nächsten Schritt für jede Frage die absolute Differenz zwischen den Antwortanteilen von zwei Gruppen errechnet. Diese Differenz beträgt Null, wenn es keinen Unterschied im Antwortverhalten gibt, und 100 Prozentpunkte, wenn eine Politikänderung von einer Gruppe geschlossen befürwortet, während sie von der Vergleichsgruppe geschlossen abgelehnt wird. **Abbildung 4-4** zeigt den Mittelwert, die Standardabweichungen vom Mittelwert sowie die Spannweite der Meinungsunterschiede für unterschiedliche Einkommensgruppen. In der linken Teilgrafik bilden die in den Umfragen vorgegebenen Einkommensgruppen von 750 bis 5.000 Euro die Grundlage. Verglichen werden die Einstellungen von vier Einkommensgruppen mit denen von Befragten, die laut eigener Angabe über ein Haushaltseinkommen von weniger als 750 Euro verfügen. Mit wachsendem Einkommensabstand nehmen auch die Meinungsunterschiede zu, was sowohl höhere Mittelwerte als auch größere Maximalwerte zeigen. Während durchschnittlich nur 6 Prozentpunkte die Antworten der unteren beiden Einkommensgruppen trennen, steigt dieser Wert auf mehr als 16 Prozentpunkte, wenn die niedrigste mit der höchsten Gruppe verglichen wird. In manchen Fragen liegen zwischen den beiden Enden der Einkommensverteilung sogar mehr als 50 Prozentpunkte. Dasselbe Muster zeigt sich auch in der rechten Teilgrafik, in der die von uns statistisch ermittelten Meinungen für unterschiedliche Einkommensperzentile zugrunde liegen. Insgesamt fallen die Unterschiede insbesondere zwischen dem 1. und dem 10. Perzentil geringer aus, aber mit größerem Einkommensabstand nehmen auch die Meinungsunterschiede zu.

Abbildung 4-4: Meinungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: Die Abbildung gibt für vier Einkommensgruppen die durchschnittliche Höhe der Meinungsunterschiede zwischen der jeweiligen Gruppe und der untersten Einkommensgruppe an. In der linken Teilgrafik werden absolute Einkommensgruppen verwendet, in der rechten Teilgrafik werden Einkommensperzentile verglichen.

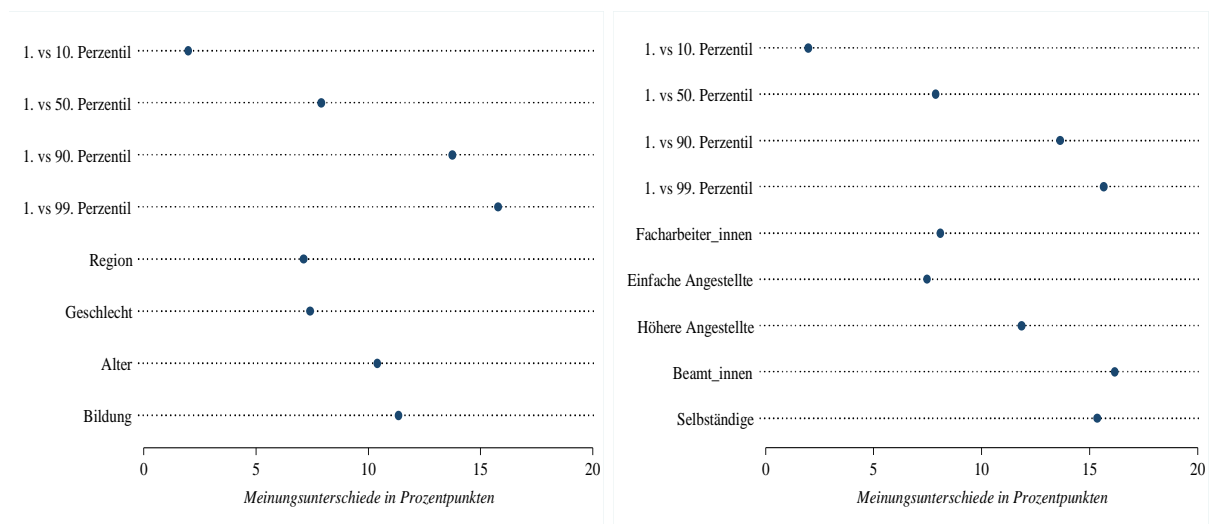
Lesebeispiel: Die Meinungsunterschiede von Befragten mit mehr als 5.000 Euro Haushaltseinkommen im Vergleich zu Befragten mit 750 Euro betragen im Durchschnitt 16,5 Prozentpunkte und die Standardabweichung beträgt 11,6 Prozentpunkte. Die Meinungsunterschiede reichen dabei von 0 bis knapp über 50 Prozentpunkte.

Mit Blick auf das Antwortverhalten von Befragten mit unterschiedlich hohem Einkommen alleine lässt sich nicht beantworten, ob die dargestellten Abweichungen groß sind. Dies wird erst im Vergleich mit den Unterschieden zwischen anderen sozialen Gruppen deutlich. Um eine direkte Gegenüberstellung der Meinungsunterschiede zu ermöglichen, stellt **Abbildung 4-5** die durchschnittlichen Unterschiede zwischen Einkommensgruppen denen anderer Vergleichsgruppen gegenüber. Die linke Teilgrafik enthält neben den Einkommensgruppen auch die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen, Männern und Frauen, Unter-30- und Über-60-Jährigen sowie von Hoch- und Niedriggebildeten. Befragte aus unterschiedlichen Einkommensperzentilen, so lässt sich aus dieser Abbildung entnehmen, unterscheiden sich in ihren Einstellungen stärker als andere Vergleichsgruppen. Dies überrascht bei den ersten drei Vergleichskategorien nicht, weil sowohl Herkunft als auch Geschlecht und Altersgruppen grobe Einteilungen sind, die Menschen einschließen, die sich in anderer Hinsicht stark

unterscheiden können. Dennoch werden in der öffentlichen Diskussion immer wieder der vermeintliche Generationenkonflikt oder die Spaltung zwischen Ost und West betont. Dass einkommensschwache und einkommensstarke Gruppen politisch Unterschiedliches wollen, wird seltener hervorgehoben.

In der rechten Teilgrafik von **Abbildung 4-5** werden Meinungsunterschiede zwischen Berufsgruppen denen der Einkommensgruppen gegenübergestellt. Zwischen beiden Kategorien gibt es einen Zusammenhang, weshalb keine gänzlich anderen Muster zu erwarten sind. Bei den Berufsgruppen dienen die un- und angelernten Arbeiter_innen als Referenzgruppe. Dargestellt werden die Meinungsunterschiede zwischen den auf der vertikalen Achse abgetragenen Berufsgruppen und dieser Referenzgruppe. Drei Punkte verdienen besondere Aufmerksamkeit. Erstens bestätigt sich in der Tendenz, dass mit der sozialen Distanz zweier Vergleichsgruppen auch die Größe der Meinungsunterschiede zunimmt, obwohl die Berufsgruppen intern eine hohe Heterogenität aufweisen. Zweitens sind die Einstellungsunterschiede zwischen Facharbeiter_innen und einfachen Angestellten einerseits und un- und angelernten Arbeiter_innen andererseits größer als die zwischen Befragten des 1. und des 10. Perzentils. Die Unterschiede zu den Bessergestellten mit entweder hohem Einkommen oder aus höheren Berufsgruppen sind dagegen ähnlich groß. Drittens verdeutlicht der Vergleich mit der linken Teilgrafik, dass die Meinungsunterschiede zwischen sozio-ökonomischen größer als die zwischen anderen sozialen Gruppen sind.

Abbildung 4-5: Meinungsunterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen



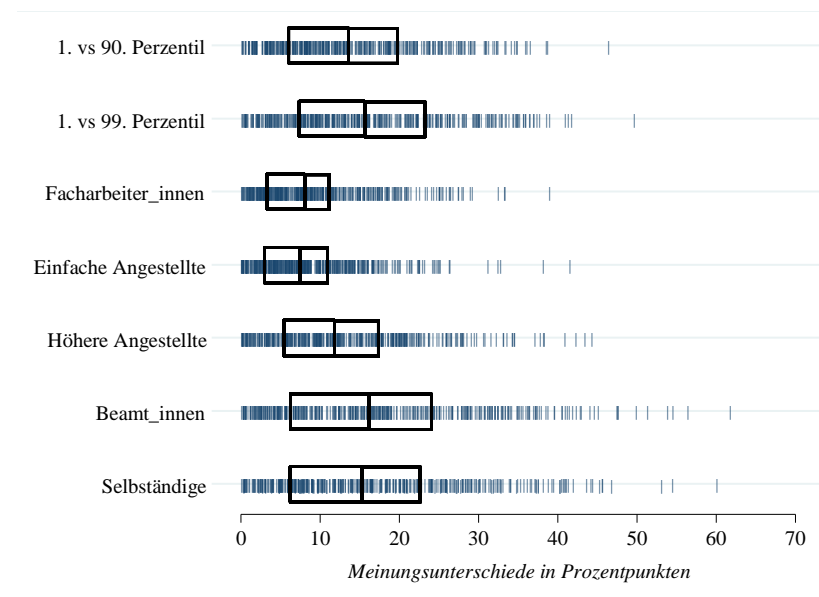
Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: In der Abbildung ist über alle Fragen hinweg die durchschnittliche Größe der Meinungsunterschiede dargestellt. „Region“ bezieht sich dabei auf die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten, „Geschlecht“ auf Unterschiede zwischen Frauen und Männern, „Alter“ auf den Vergleich von Unter-30- mit Über-60-Jährigen und „Bildung“ auf Befragte mit höchstens Hauptschulabschluss im Vergleich zu denjenigen mit Fachhochschulreife oder Abitur. Bei den Berufsgruppen bezieht sich der Unterschied stets auf die Differenz zu den Antworten der un- und angelernten Arbeiter_innen. Lesebeispiel: Die Antworten von Befragten des 1. und des 10. Perzentils liegen im Durchschnitt zwei Prozentpunkte auseinander, dieser Wert steigt in der nächsten Zeile auf 8 Prozentpunkte an. Die Antworten des untersten und des obersten Perzentils weichen im Durchschnitt 15 Prozentpunkte voneinander ab.

Der Blick auf die durchschnittliche Abweichung blendet aus, wie groß die Streuung um den Mittelwert ist. Selbst wenn im Durchschnitt die Meinungen dicht beieinander liegen, gibt es Fragen mit sehr großen Unterschieden. In **Abbildung 4-6** wird für Einkommens- und Berufsgruppen die Differenz in den Einstellungen dargestellt. Jeder Strich steht für eine Frage, und 50 Prozent aller Fälle liegen im schwarz gerahmten Rechteck, dessen Querstrich den Mittelwert markiert. Die geringeren Abstände zwischen den Strichen nahe der vertikalen Achse zeigen, dass es mehr Fragen mit ähnlichem als mit sehr stark divergierendem Antwortverhalten gibt. Während Meinungsunterschiede selten sind, die über 40 Prozentpunkten liegen, gibt es zahlreiche Fragen, bei denen 10 bis 30 Prozentpunkte die Vergleichsgruppen trennen. In einzelnen Fragen übersteigt die Differenz der

Antworten 50 Prozentpunkte. Deutliche Meinungsunterschiede treten nicht nur zwischen den Einkommensgruppen, sondern auch zwischen Arbeiter_innen und den anderen Berufsgruppen auf.

Abbildung 4-6: Streuung der Meinungsunterschiede



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

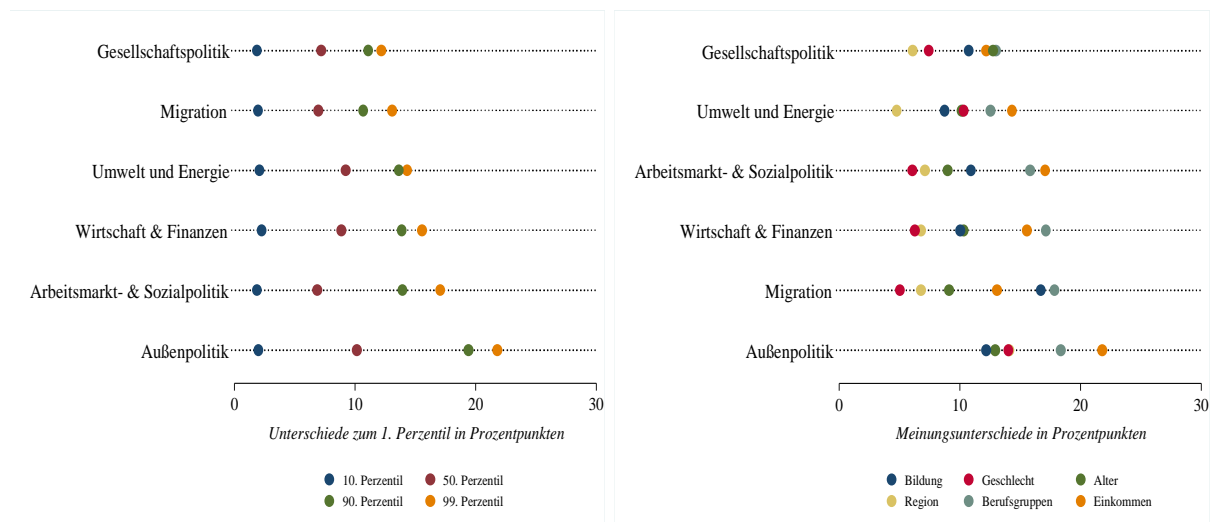
Erläuterung: In der Abbildung steht jeder Strich für eine der Sachfragen. Der schwarz umrandete Kasten enthält 50 Prozent aller Fälle, der schwarze Querbalken markiert den Mittelwert. Bei den Berufsgruppen bezieht sich der Unterschied auf die Differenz zu den Antworten der un- und angelernten Arbeiter_innen.

Lesebeispiel: Von der Referenzgruppe der un- und angelernten Arbeiter_innen weichen die Antworten der Selbständigen im Durchschnitt um 15 Prozentpunkte ab. Die Abweichungen liegen für die Hälfte der Fälle zwischen 6 und 23 Prozentpunkte, in einzelnen Fragen können die Meinungsunterschiede mehr als 50 Prozentpunkte betragen.

Bis hierher haben wir alle Frage zusammen analysiert, doch es ist möglich, dass Meinungsunterschiede in manchen Politikfeldern besonders groß, in anderen geringer sind. Wo Meinungsunterschiede stärker ausgeprägt sind, ist der Spielraum für eine selektive Responsivität der politischen Entscheidungsträger besonders groß. Die linke Teilgrafik in **Abbildung 4-7** stellt für sechs Politikfelder dar, wie stark das Antwortverhalten von Befragten mit unterschiedlichem Einkommen voneinander abweicht. Wie zuvor nehmen mit den Einkommens- auch die Meinungsunterschiede zu, sodass in allen Fällen die Meinungsunterschiede am größten sind, wenn die Einkommen besonders weit auseinander liegen. Dabei sind die Unterschiede in der Gesellschaftspolitik und bei Fragen zur Migration geringer als in der Arbeits- und Sozialpolitik oder der Außenpolitik. Die Umwelt- und Energiepolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik liegen dazwischen. Die Grafik verdeutlicht, dass es keine Politikfelder gibt, in denen Einkommensgruppen identische Einstellungen haben. In allen sechs Bereichen weichen die Meinungen so stark voneinander ab, dass politische Entscheidungen einseitig die Präferenzen einzelner Gruppen reflektieren können.

In der rechten Teilgrafik von **Abbildung 4-7** wird erneut für sechs Politikfelder die Größe der Meinungsunterschiede dargestellt. Doch diesmal werden nicht nur Einkommensgruppen, sondern auch Befragte aus anderen Kategorien berücksichtigt. Drei Beobachtungen stechen ins Auge. Erstens, je feiner die Unterteilung der Gruppen ist, desto größere Unterschiede werden sichtbar. Zweitens sind die Unterschiede zwischen Berufs- und Einkommensgruppen größer als zwischen Ost- und Westdeutschen oder Männern und Frauen. Auch die Meinungsunterschiede von Befragten mit unterschiedlichem Bildungsniveau fallen mit Ausnahme der Migrationspolitik geringer aus. Drittens fallen die Unterschiede in der Gesellschaftspolitik kleiner als in anderen Politikfeldern aus, während dies gleichzeitig das Politikfeld ist, in dem Jung und Alt besonders stark voneinander abweichende Antworten geben. Dies könnte ein Anzeichen für einen gesellschaftlichen Wertewandel sein, der in anderen Politikbereichen nicht zu beobachten ist.

Abbildung 4-7: Meinungsunterschiede in sechs Politikfeldern



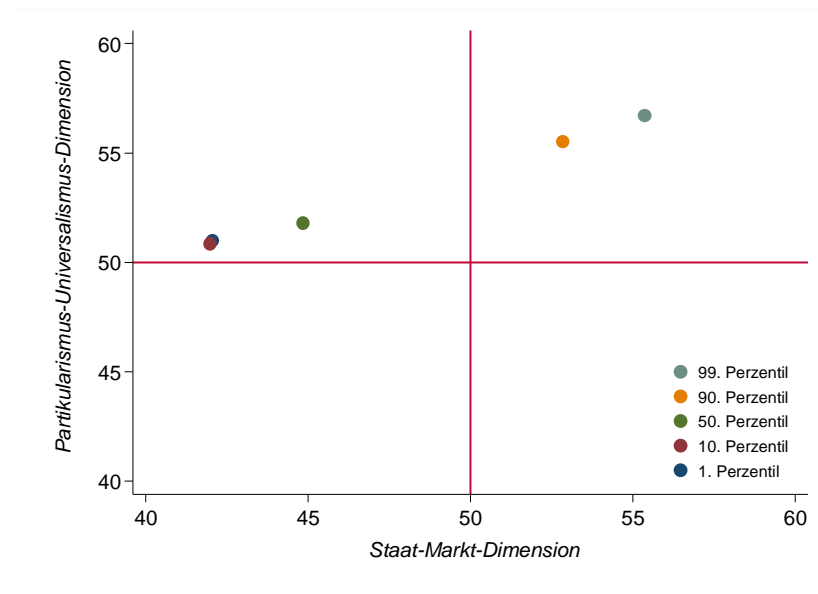
Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: Die Punkte in der linken Teilgrafik zeigen für sechs Politikfelder, wie weit die Antworten von vier Einkommensgruppen von den Antworten des 1. Perzentils abweichen. Die Reihenfolge der Politikfelder spiegelt die Größe der Meinungsunterschiede wider. In der rechten Teilgrafik werden die Unterschiede für sechs Vergleichspaare dargestellt, wobei die Gruppen denen in Abbildung 4-5 entsprechen. Für das Einkommen werden das 1. und das 99. Perzentil miteinander verglichen. Lesebeispiel: Der weinrote Punkt in der untersten Zeile der linken Teilgrafik gibt an, dass in außenpolitischen Fragen 10 Prozentpunkte zwischen Personen mit mittlerem Einkommen (50. Perzentil) und Befragten aus dem untersten Perzentil liegen.

Die bisherigen Vergleiche belegen, dass sich Befragte mit unterschiedlich hohem Einkommen im Antwortverhalten der DeutschlandTrend-Umfragen voneinander unterscheiden. Sie wollen in einer Reihe von Fragen dasselbe, aber in einer erheblichen Anzahl von Fällen auch Unterschiedliches. Doch bislang haben wir keine Aussage darüber gemacht, in welche Richtung diese Meinungsunterschiede weisen. Wie in **Abschnitt 3.2** beschrieben, lassen sich zwei Politikdimensionen unterscheiden: die klassische Links-rechts-Achse, bei der es um die Entscheidung zwischen „mehr Staat“ oder „mehr Markt“ geht, sowie die Partikularismus-Universalismus-Achse, die im weiten Sinn gesellschaftspolitische Aspekte erfasst (aber nicht deckungsgleich mit dem Politikfeld „Gesellschaftspolitik“ ist). Auf dieser Achse stehen sich beispielsweise grün-alternative Parteien am universalistischen Pol und rechtspopulistische Parteien am partikularistischen Pol gegenüber. Die von uns untersuchten Fragen lassen sich den beiden Politikdimensionen zuordnen, um zu sehen, welche Muster es in den Einstellungen gibt. In **Abbildung 4-8** werden fünf Einkommensgruppen im zweidimensionalen Politikraum verortet. Die Position der Markierungen ergibt sich aus dem Anteil der Befragten, die im Durchschnitt Politikänderungen in den beiden Dimensionen zustimmt. Je höher die Werte sind, desto universalistischer und marktaffinier sind die Befragten.

Auf der Partikularismus-Universalismus-Achse liegen die fünf Gruppen jeweils oberhalb der roten Linie, wengleich in unterschiedlichem Maß. Das bedeutet, alle Einkommensgruppen haben universalistische Optionen häufiger als partikularistische befürwortet. Je höher das Einkommen, desto stärker neigen die Befragten dem Universalismuspol zu. Bei der Links-rechts-Achse zeigt sich ein anderes Bild. Hier befürworten Befragte mit niedrigen, aber auch mit mittleren Einkommen korrigierende Eingriffe in den Markt, wohingegen diejenigen mit hohen Einkommen eine Ausweitung des Markts befürworten. Betrachtet man beide Dimensionen gleichzeitig, vertreten Befragte mit höheren Einkommen sowohl gesellschafts- als auch wirtschaftspolitisch liberalere Positionen als diejenigen mit niedrigen Einkommen.

Abbildung 4-8: Durchschnittliche Zustimmung zu Politikänderungen im zweidimensionalen Politikraum



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016.

Erläuterung: In der Abbildung ist der Anteil der Befragten in fünf Einkommensgruppen abgetragen, der „mehr Markt“ bzw. einen „stärkeren Universalismus“ befürwortet. Höhere Werte stehen dabei für liberalere Überzeugungen.

Lesebeispiel: Der orange Punkt für gibt an, dass im Durchschnitt 58 Prozent der Befragten aus der Einkommensgruppe des 90. für Politikänderungen waren, die zu einer gesellschaftspolitischen Liberalisierung führen. Bei wirtschaftspolitischen Fragen befürworteten 57 Prozent dieser Gruppe marktliberale Vorschläge.

Die bisher vorliegenden Auswertungen belegen, dass es zwar keine Polarisierung der öffentlichen Meinung gibt, wohl aber zum Teil deutliche Einstellungsunterschiede in konkreten Sachfragen. Da die zugrundeliegenden Kategorien nicht immer trennscharf zwischen verschiedenen Gruppen unterscheiden und insbesondere das Einkommen der Befragten nur näherungsweise bestimmt wird, kann von einer zurückhaltenden Schätzung der Meinungsunterschiede ausgegangen werden, die die tatsächliche Differenzen eher unter- als überschätzt. Im nächsten Abschnitt wird untersucht, ob politische Entscheidungen die Präferenzen der Bürger_innen widerspiegeln.

4.2 Responsivität

In einer repräsentativen Demokratie sollte die Politik bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen der Bürger_innen berücksichtigen. Der Grundsatz politischer Gleichheit verlangt zudem, dass die Interessen aller Bürger_innen in gleichem Maße berücksichtigt werden und es keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen gibt. Auch wenn Repräsentant_innen Handlungsspielraum für autonome Entscheidungen brauchen, so sollte prinzipiell ein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswillen und politischem Handeln gegeben sein. Ob und in welchem Maße dieser Zusammenhang gegeben ist, untersuchen wir in diesem Abschnitt. Dabei gehen wir erstens der Frage nach, ob sich die öffentliche Meinung generell in den Entscheidungen des Bundestages widerspiegelt, und untersuchen zweitens, ob die Meinungen sozial besser gestellter Gruppen stärker berücksichtigt werden als die schlechter gestellter Gruppen. Der Fokus der Analyse liegt – wie in der gesamten empirischen Analyse – auf Unterschieden zwischen Einkommensgruppen. Daneben werden wir aber auch einen Blick auf die Unterschiede zwischen Berufsgruppen werfen, da wir davon ausgehen, dass die individuelle Position im Arbeitsmarkt ein ebenso wichtiges Kriterium für die soziale Stratifizierung einer Gesellschaft ist wie das Haushaltseinkommen. Zudem können die Ergebnisse durch diese zweite Betrachtung abgesichert werden.

4.2.1 Responsivität gegenüber Einkommensgruppen

Um zu untersuchen, inwieweit öffentliche Meinung und politische Entscheidungen übereinstimmen, wurde für jede einzelne Sachfrage erhoben, ob die in der Frage vorgestellte Politikänderung tatsächlich eingetreten ist oder nicht. In der Datenbank ist erfasst, ob die Politikänderung bis zu zwei Jahre und/oder bis zu vier Jahre nach der Umfrage eingetreten ist. Die folgende Analyse verwendet nur die Information des Zweijahreszeitraumes, da für die Umfragen aus den Jahren 2012 und 2013 noch nicht abschließend erhoben werden kann, welche politische Entscheidung vier Jahre nach der Umfrage getroffen worden sein werden. Für die restlichen Jahre wurden alle Analysen mit den Variablen zu beiden Zeiträumen durchgeführt, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse durch die Wahl des Zeitraumes verändert werden. Die Ergebnisse unterscheiden sich kaum, da fast 90 Prozent der politischen Änderungen, wenn sie durchgeführt wurden, innerhalb von zwei Jahren nach der Umfrage umgesetzt wurden.

In einem ersten Schritt wurde mithilfe einer logistischen Regression der Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Zustimmung aller Befragten zur jeweils vorgeschlagenen Politikänderung und dem Eintritt der Politikänderung untersucht. Mit der logistischen Regression wird statistisch geschätzt, ob die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung steigt, wenn der Anteil derjenigen steigt, die eine Politikänderung befürworten. Zudem gibt das Schätzverfahren an, ob der gefundene Zusammenhang statistisch signifikant ist oder nicht. Das Ergebnis ist in **Tabelle 4-1** in der ersten Spalte abgetragen. Das Vorzeichen des Koeffizienten gibt an, ob der Zusammenhang zwischen Zustimmung und Politikwandel positiv oder negativ ist. Die konkrete Größe des Effekts ist anhand des Koeffizienten nur schwer interpretierbar, wird aber später zum besseren Verständnis noch grafisch dargestellt. Der Koeffizient hat zwar ein positives Vorzeichen, der Zusammenhang ist aber in dem geschätzten Modell nicht statistisch signifikant. Die Sternchen und der p-Wert geben an, wie klein die Wahrscheinlichkeit ist, dass der geschätzte Zusammenhang in Wahrheit doch 0 ist. Von einer Signifikanz spricht man im Allgemeinen dann, wenn diese Irrtumswahrscheinlichkeit unter 5 Prozent liegt ($p < 0.05$). Der Koeffizient in der ersten Spalte lässt also darauf schließen, dass Politikänderungen eher durchgeführt werden, wenn ein höherer Anteil der Bevölkerung sie befürwortet, wir können aber nicht ausschließen, dass dieses Muster rein zufällig zustande kommt. Dies könnte entweder bedeuten, dass die Politik sich generell nur wenig an den Meinungen der Bevölkerung orientiert, oder aber, dass sie die Interessen einiger Gruppen berücksichtigt, die anderer aber nicht, was sich dann über alle Befragten hinweg ausgleichen würde.

Tabelle 4-1: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Einkommensgruppen

	Alle Befragten	10tes Perzentil	50tes Perzentil	90tes Perzentil
Koeffizient	0.548 (0.658)	-0.230 (0.594)	0.470 (0.621)	1.820** (0.706)
Konstante	-0.116 (0.380)	0.315 (0.345)	-0.0641 (0.360)	-0.817* (0.410)
P-Wert	0.405	0.698	0.449	0.00891
Fallzahl	252	252	252	252

Standardfehler in Klammern; + $p < 0.1$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

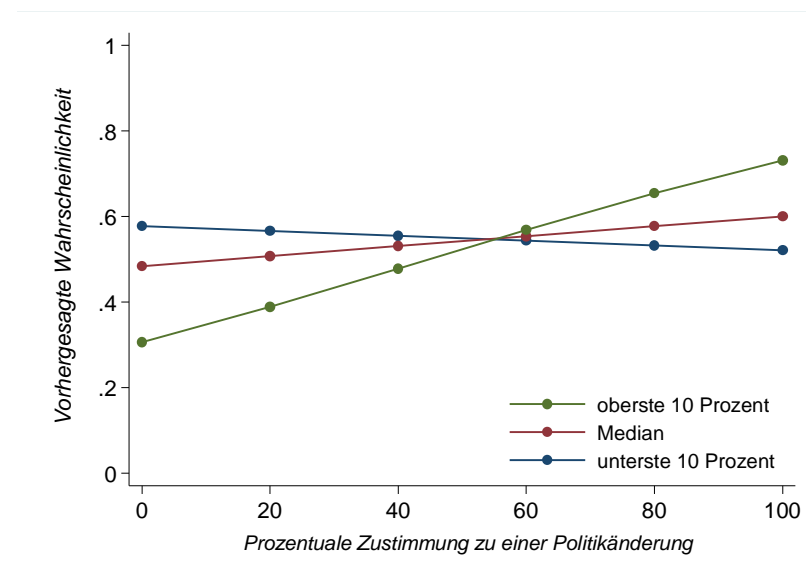
Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variable ist, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Einkommensgruppe.

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wurde in einem zweiten Schritt der Zusammenhang zwischen der Meinung einzelner Einkommensperzentile und Politikveränderungen untersucht. Es wurde geschätzt, welchen

Einfluss die Zustimmung derjenigen in der Mitte der Einkommensverteilung (50tes Perzentil), derjenigen an den unteren 10 Prozent und derjenigen an den oberen 90 Prozent der Einkommensverteilung auf die Umsetzung von Politikänderung hat. Die Ergebnisse der jeweiligen logistischen Regressionen sind in den Spalten zwei bis vier der **Tabelle 4-1** angegeben, zum besseren Verständnis aber auch noch mal in **Abbildung 4-9** dargestellt. Auf Basis der Ergebnisse aus der Tabelle ist in der Abbildung die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit angegeben, mit der eine Politikänderung eintritt, in Abhängigkeit vom Grad der Zustimmung. Die Ergebnisse zeigen ein klares Bild: Je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit der Meinungen der Befragten überein. Wenn beispielsweise nur 20 Prozent der obersten Einkommensgruppe eine Politikänderung befürworten, dann liegt die Wahrscheinlichkeit für deren Umsetzung bei 39 Prozent. Stimmen allerdings 80 Prozent der Befragten aus der obersten Einkommensgruppe einer Politikänderung zu, so liegen deren Chancen auf Umsetzung bei fast 65 Prozent. Dieser deutlich positive und statistisch signifikante Zusammenhang gilt nur für die oberste Einkommensgruppe. Zwar ist der Zusammenhang zwischen Befürwortung und Umsetzung auch für die mittlere Einkommensgruppe leicht positiv, aber nur sehr schwach. Für die unterste Gruppe zeigt sich sogar ein leicht negativer Zusammenhang.

Abbildung 4-9: Öffentliche Meinung und Politikänderung, nach Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Abbildung ist für drei Einkommensgruppen abgetragen, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert.

Lesebeispiel: Wenn nur 20 Prozent des obersten Einkommensperzentils eine Politikänderung befürworten, so beträgt die geschätzte Wahrscheinlichkeit für deren Umsetzung 39 Prozent. Befürworten dagegen 80 Prozent des obersten Einkommensperzentils eine Politikänderung, so steigt die Wahrscheinlichkeit auf fast 65 Prozent an.

Diese Befunde zeigen bereits eine Verzerrung zugunsten oberer Einkommensschichten. Wie allerdings in **Abschnitt 4.1** deutlich geworden ist, gibt es auch viele Themen bzw. Fragen, bei denen die Meinung zwischen verschiedenen Einkommensgruppen nicht weit auseinanderliegt. In diesen Fällen kann nicht festgestellt werden, ob die Politik ihre Entscheidungen stärker an den höheren Einkommensschichten orientiert oder nicht, weil alle dasselbe wollen. Wie aber entscheidet die Politik, wenn Einkommensgruppen widerstreitende Interessen haben? Diese Frage wird im nächsten Schritt untersucht, in dem wir nur all jene Fragen betrachten, in denen die Meinungsunterschiede zwischen den jeweils verglichenen Einkommensgruppen mehr als 10 Prozentpunkte betragen. Mit der Setzung dieser 10-Prozent-Grenze orientieren wir uns an bestehenden Studien mit demselben Vorgehen (Gilens 2012: 79). Verglichen werden zum einen das unterste mit dem obersten Perzentil und zum anderen der Median mit dem obersten Perzentil. Die Ergebnisse der logistischen Regressionen sind in **Tabelle 4-2** dargestellt. Erstens fällt auf, dass es zwischen der obersten und der untersten Einkommensgruppe deutlich häufiger große Meinungsunterschiede gibt, als dies zwischen dem Median und dem obersten Perzentil der Fall

ist. Aus diesem Grund variiert die Fallzahl erheblich, je nachdem, welche Gruppen miteinander verglichen werden. Vergleicht man das oberste und das unterste Einkommensperzentil, so sind es 140 Fragen (von insgesamt 252), bei denen die beiden Gruppen Meinungsunterschiede von über zehn Prozent aufweisen. Bei dem Vergleich zwischen Median und dem obersten Einkommensperzentil sind es lediglich 86 Fragen. Zweitens wird aus der Tabelle deutlich, dass der oben gefundene Zusammenhang stärker ist, wenn wir uns nur Fragen anschauen, bei denen die Meinungen zwischen den Einkommensgruppen stark auseinander gehen. Für die Fragen, bei denen sich die unterste und die oberste Einkommensgruppe stark in ihren Meinungen unterscheiden (Spalten 1 und 2 in **Tabelle 4-2**), zeigt sich ein klarer Zusammenhang: In der obersten Einkommensgruppe ist die Zustimmung zu Politikänderungen stark positiv mit deren Umsetzung korreliert, in der untersten Einkommensgruppe negativ. Dies bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit auf Umsetzung sogar sinkt, wenn mehr Menschen aus der untersten Einkommensgruppe eine bestimmte politische Entscheidung befürworten. Allerdings ist der gefundene Zusammenhang nur für die oberste Einkommensgruppe statistisch signifikant. In jedem Fall zeigen diese Ergebnisse aber, dass die Politik in ihren Entscheidungen systematisch die Meinungen oberer Einkommensschichten reflektiert, wenn große Meinungsunterschiede bestehen. Dieser Befund gilt auch dann, wenn die oberste mit der mittleren Einkommensgruppe verglichen wird. In den Spalten 3 und 4 von **Tabelle 4-2** sehen wir, dass hier ein ganz ähnlicher Zusammenhang besteht.

Tabelle 4-2: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung bei Meinungsunterschieden zwischen Einkommensgruppen

	Meinungsunterschiede zwischen jeweiligen Einkommensgruppen > 10%		Meinungsunterschiede zwischen jeweiligen Einkommensgruppen > 10%	
	10tes Perzentil	90tes Perzentil	50tes Perzentil	90tes Perzentil
Koeffizient	-1.334 (0.852)	2.705* (1.080)	-1.091 (1.157)	2.871* (1.464)
Konstante	0.907+ (0.468)	-1.216* (0.599)	0.692 (0.626)	-1.421+ (0.824)
P-Wert	0.113	0.0102	0.342	0.0446
Fallzahl	140	140	86	86

Standardfehler in Klammern; + $p < 0.1$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

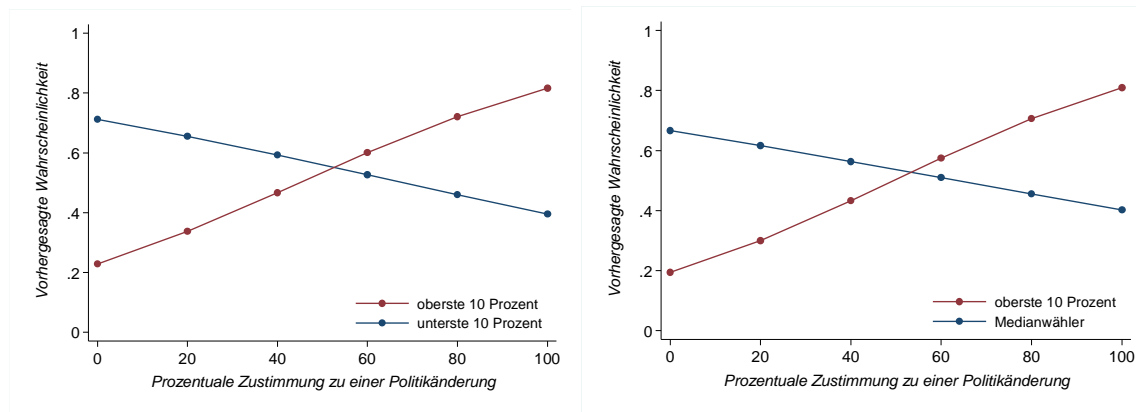
Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variable ist, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Einkommensgruppe. Die ersten zwei Modelle schließen alle Fälle mit ein, in denen die Meinungsunterschiede zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil über 10 Prozent betragen. Das dritte und vierte Modell schließen alle Fälle ein, in denen die Meinungsunterschiede zwischen dem 50. und dem 90. Perzentil über 10 Prozent betragen.

Die beschriebenen Ergebnisse sind grafisch in **Abbildung 4-10** dargestellt, in der wieder die geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass eine Politikänderung eintritt, in Abhängigkeit von dem Anteil der Befürworter_innen abgetragen ist. Im linken Teil der Abbildung ist die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die unterste und die oberste Einkommensgruppe abgebildet, wenn diese nicht einer Meinung sind. Hier sehen wir, dass eine Politikänderung nur eine 34-prozentige Wahrscheinlichkeit auf Umsetzung hat, wenn nur 20 Prozent der obersten Einkommensgruppe sie befürworten, die Wahrscheinlichkeit aber auf mehr als 72 Prozent steigt, wenn 80 Prozent der obersten Einkommensgruppe sie befürworten. Für die unterste Gruppe gilt dagegen der fast umgekehrte Zusammenhang: Wenn nur 20 Prozent der Befragten eine Politikänderung befürworten, ist die Chance auf deren Umsetzung 65 Prozent, wohingegen sie auf 46 Prozent sinkt, wenn 80 Prozent sie befürworten. Der rechte Teil der Abbildung zeigt die Ergebnisse für die mittlere und die oberste Einkommensgruppe. Sie sind fast identisch mit dem Vergleich zwischen unterster und oberster Gruppe, was das Gesamtergebnis dieses Abschnitts noch schwerwiegender erscheinen lässt. Denn insgesamt können wir nun feststellen, dass die Politik des Bundestages weitaus häufiger auf die Ansichten und Anliegen der obersten Einkommensschicht reagiert, die Meinungen der unteren und mittleren Einkommensschichten dagegen kaum beachtet oder sogar missachtet werden. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn wir uns Fälle anschauen, in denen die oberste

Einkommensgruppe andere politische Entscheidungen befürwortet als die anderen Einkommensgruppen. Wenn ökonomische Ungleichheit sich in ungleichen politischen Einfluss übersetzt, dann stellt sich die Frage, ob sich eine Politik durchsetzt, die wiederum ökonomische Ungleichheit weiter verschärft. Dieser Frage werden wir im nächsten Abschnitt nachgehen.

Abbildung 4-10: Öffentliche Meinung und Politikänderung bei großen Meinungsunterschieden zwischen Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: Die Abbildungen zeigen für jeweils zwei Einkommensgruppen, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert, wenn große Meinungsunterschieden zwischen den jeweiligen Einkommensgruppen bestehen. In der linken Abbildung sind das oberste und das unterste Einkommensperzentil abgetragen, in der rechten Abbildung das oberste Einkommensperzentil und der Median.

Lesebeispiel: Wenn das oberste und das unterste Einkommensperzentil unterschiedlicher Meinung sind, dann steigt für das oberste Perzentil die Chance einer Politikänderung stark an, wenn viele in der Gruppe sie befürworten. So liegt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung bei über 80 Prozent, wenn die oberste Einkommensgruppe sie geschlossen befürwortet, und bei nur ca. 20 Prozent, wenn sie geschlossen dagegen ist. Für das unterste Einkommensperzentil dagegen sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung, wenn viele sie befürworten.

4.2.2 Responsivität in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik

Wenn sich die Politik in ihren Entscheidungen an den Einkommensstarken orientiert, diese aber eine Politik befürworten, die weniger umverteilend wirkt, könnte ein Teufelskreis entstehen, in welchem ungleicher politischer Einfluss und ökonomische Ungleichheit sich gegenseitig verstärken. Wie wir bereits in **Abschnitt 4.1** gesehen haben, befürworten Befragte mit niedrigen, aber auch mit mittleren Einkommen korrigierende Eingriffe in den Markt, wohingegen diejenigen mit hohem Einkommen eine Ausweitung des Markts befürworten. Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass ungleiche Responsivität zugunsten oberer Einkommensschichten in den Bereichen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu politischen Entscheidungen führt, die eine Ausweitung von Marktprinzipien und weniger Umverteilung zur Folge haben. Da unsere bisherigen Analysen alle Sachfragen und damit Themen aus allen Politikfeldern einschließen, können wir noch keine Aussage darüber machen, ob der Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung und politischen Entscheidungen in allen Politikfeldern der gleiche ist. Aus diesem Grund werden wir in diesem Abschnitt nur Sachfragen aus den Politikfeldern „Wirtschaft und Finanzen“ und „Arbeit und Soziales“ untersuchen. Diese beiden Politikfelder umfassen Politikmaßnahmen, die sowohl durch regulative als auch durch (re-)distributive Maßnahmen Einfluss auf die Einkommensverteilung nehmen. So wurden in unserem Untersuchungszeitraum beispielsweise Fragen zum Mindestlohn, zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, zu Kürzungen und Umstrukturierung der Sozialsysteme oder zur Einführung einer privaten Rentenversicherung gestellt. Insgesamt fallen 150 der 252 Fragen in diese beiden Politikfelder.

Wie im vorherigen Abschnitt wurde mithilfe einer logistischen Regression der Zusammenhang zwischen der Zustimmung der Befragten zur jeweils vorgeschlagenen Politikänderung und dem Eintritt der Politikänderung untersucht, aber eben nur für die 150 Fälle aus der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik. Mit der logistischen

Regression wurde zunächst für alle Befragten und dann für die einzelnen Einkommensgruppen statistisch geschätzt, ob die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung steigt, wenn der Anteil derjenigen steigt, die eine Politikänderung befürworten. Die Ergebnisse sind in **Tabelle 4-3** dargestellt. Sie ähneln sehr den Ergebnissen der vorherigen Analyse, die alle Fragen und Politikfelder einschloss. Zwar sind alle Koeffizienten positiv, das heißt es scheint in allen Einkommensgruppen einen generellen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil an Zustimmung zu einer Politikänderung und deren Umsetzung zu geben. Allerdings sind die Koeffizienten für die unteren und mittleren Einkommensgruppen sehr klein und statistisch nicht signifikant, was bedeutet, dass wir nicht ausschließen können, dass der gefundene Zusammenhang zufällig zustande kommt. Wieder ist es lediglich die oberste Einkommensgruppe, für die der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Befürworter_innen zu einer Politikänderung und deren Umsetzung stark positiv und signifikant ist. **Abbildung 4-11** stellt die Ergebnisse grafisch dar. Stärker noch als in der Analyse mit allen Sachfragen steigt die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer Politikänderung mit dem Anteil der Befürworter_innen aus der obersten Einkommensgruppe stark an. Wenn 80 Prozent des obersten Perzentils eine Politikänderung befürworten, liegt die Chance ihrer Umsetzung bei 67 Prozent. Dagegen liegt sie bei nur 33 Prozent, wenn 80 Prozent sie ablehnen. Eine weitergehende Analyse, die wie im vorherigen Abschnitt nur Fälle mit großen Meinungsunterschieden betrachtet, ist aufgrund zu geringer Fallzahlen an dieser Stelle nicht möglich. Allerdings ist davon auszugehen, dass das gefundene Muster auch in diesem Falle stabil bliebe.

Insgesamt finden wir also für den Bereich der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik ein sehr ähnliches Muster wie in der Analyse, die alle Fälle mit einschließt. Die Befürchtung, dass soziale und politische Ungleichheit sich gegenseitig noch verstärken, scheint damit gerechtfertigt.

Tabelle 4-3: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Einkommensgruppen, Wirtschafts- und Sozialpolitik

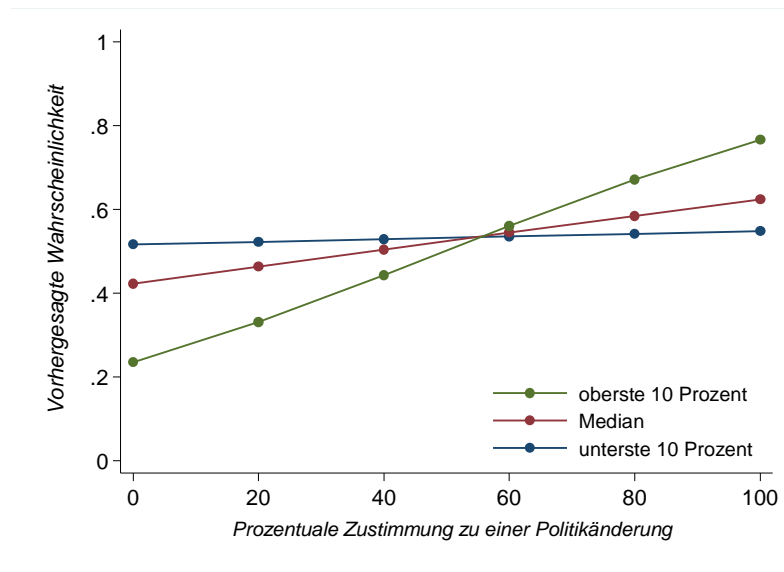
	Alle Befragten	10tes Perzentil	50tes Perzentil	90tes Perzentil
Koeffizient	1.023 (0.832)	0.129 (0.744)	0.818 (0.773)	2.368** (0.913)
Konstante	-0.423 (0.481)	0.0645 (0.432)	-0.312 (0.451)	-1.177* (0.531)
P-Wert	0.217	0.863	0.288	0.00788
Fallzahl	150	150	150	150

Standardfehler in Klammern; + $p < 0.1$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variable ist, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Einkommensgruppe. Es sind nur Fälle aus den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschlossen.

Abbildung 4-11: Öffentliche Meinung und Politikänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, nach Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: Die Abbildung zeigt für drei Einkommensgruppen, wie sich bei Fragen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert.

Lesebeispiel: Wenn 80 Prozent des obersten Perzentils eine Politikänderung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik befürworten, so liegt die Chance ihrer Umsetzung bei 67 Prozent. Dagegen liegt sie bei nur 33 Prozent, wenn 80 Prozent sie ablehnen.

4.2.3 Responsivität gegenüber Berufsgruppen

Um zu überprüfen, ob die gefundenen Effekte auch dann Bestand haben, wenn wir anstelle des Einkommens ein anderes Merkmal der sozialen Differenzierung verwenden, sehen wir uns die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen an. Im **Abschnitt 4.1** konnten wir bereits zeigen, dass die Meinungsunterschiede zwischen den Einkommensgruppen ähnlich groß sind wie zwischen den Berufsgruppen. Insbesondere die Beamt_innen und Selbstständigen wiesen dabei große Unterschiede zur Referenzgruppe der an- und ungelerten Arbeiter_innen auf.

Die Analysen ähneln denen in **Abschnitt 4.2.1**. Die logistische Regression der Politikänderung auf die Zustimmungsraten der einzelnen Berufsgruppen – dargestellt in **Tabelle 4-4** – ergibt schwache negative, nicht signifikante Effekte für die ersten drei Berufsgruppen. Bei den höheren Angestellten ändert sich das Vorzeichen, für die Beamt_innen und Selbstständigen zeigt sich ein deutlich positiver Effekt, der auf dem 5 Prozent-Niveau signifikant ist. Für die Grafik **Abbildung 4-12** haben wir mit den Facharbeiter_innen und den höheren Angestellten zwei Gruppen mit mittelstark ausgeprägten Effekten den Selbstständigen gegenüber gestellt. In diesem Fall haben wir uns gegen die un- und angelernten Arbeiter_innen als Vergleichsgruppe entschieden, da sie eine der kleinsten Berufsgruppen im Sample sind. Die Gruppe der Facharbeiter_innen ist deutlich größer und verzerrt die Ergebnisse höchstens insofern, als dass davon ausgegangen werden kann, dass die Unterschiede, die die folgende Analyse aufzeigt, für die un- und angelernten Arbeiter_innen als Vergleichsgruppe noch etwas deutlicher ausgefallen wären. Dennoch ergibt sich auch hier wieder ein ganz eindeutiges Bild: Während für die Facharbeiter_innen die Chancen auf Umsetzung ihrer politischen Wünsche mit wachsender Zustimmung leicht abnehmen, steigen sie für die anderen beiden hier betrachteten Berufsgruppen spürbar an. Mit anderen Worten: Sind die Facharbeiter_innen geschlossen gegen eine Politikänderung, wird diese dennoch mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 60 Prozent umgesetzt. Ist diese Gruppe geschlossen für eine Änderung, beträgt die Chance auf eine Umsetzung etwa 5 Prozentpunkte weniger. Eine Politikänderung hingegen, die von der Gruppe

der Selbstständigen geschlossen abgelehnt wird, wird nur mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 30 Prozent umgesetzt, während ein Vorhaben, das von ihnen durchweg befürwortet wird, zu 70 Prozent umgesetzt wird.

Tabelle 4-4: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung nach Berufsgruppen

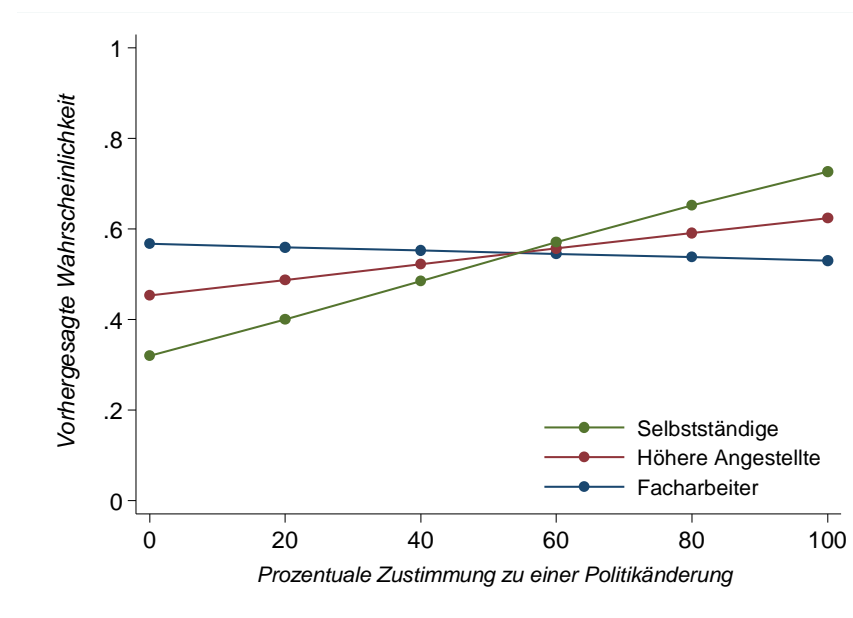
	Ungelernte Arbeiter_innen	Facharbeiter- innen	Einfache Angestellte	Höhere Angestellte	Beamt_innen	Selbstständige
Koeffizient	-0.303 (0.534)	-0.150 (0.554)	-0.0820 (0.556)	0.697 (0.663)	1.522* (0.624)	1.729* (0.700)
Konstante	0.354 (0.314)	0.271 (0.323)	0.236 (0.329)	-0.189 (0.382)	-0.659+ (0.370)	-0.753+ (0.401)
P-Wert	0.570	0.787	0.883	0.292	0.0136	0.0122
Fallzahl	252	252	252	252	252	252

Standardfehler in Klammern; + p<0.1, * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variable ist, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Berufsgruppe.

Abbildung 4-12: Öffentliche Meinung und Politikänderung, ausgewählte Berufsgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: Die Abbildung zeigt für die Berufsgruppen der Selbstständigen, höheren Angestellten und Facharbeiter_innen, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert.

Lesebeispiel: Wenn sich alle Facharbeiter_innen geschlossen gegen eine Politikänderung aussprechen, wird diese dennoch mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 60 Prozent umgesetzt. Ist diese Gruppe geschlossen für eine Änderung, beträgt die Chance auf eine Umsetzung etwa 5 Prozentpunkte weniger.

Auch hier haben wir uns noch einmal gesondert die Fragen angesehen, bei denen die Berufsgruppen deutlich, das heißt mindestens 10 Prozentpunkte, auseinander liegen. In diesem Fall vergleichen wir die beiden Gruppen, für die die Regression deutliche positive Effekte zeigte, also die Beamt_innen und Selbstständigen, jeweils mit den Facharbeiter_innen.

Tabelle 4-5: Der Einfluss öffentlicher Meinung auf Politikänderung bei Meinungsunterschieden zwischen Berufsgruppen

	Meinungsunterschiede zwischen jeweiligen Berufsgruppen > 10%		Meinungsunterschiede zwischen jeweiligen Berufsgruppen > 10%	
	Facharbeiter_innen	Beamt_innen	Facharbeiter_innen	Selbstständige
Koeffizient	-0.940 (0.769)	1.927* (0.870)	-1.024 (0.750)	2.269* (1.077)
Konstante	0.699+ (0.418)	-0.785 (0.490)	0.660 (0.424)	-1.084+ (0.602)
P-Wert	0.219	0.0239	0.169	0.0315
Fallzahl	136	136	135	135

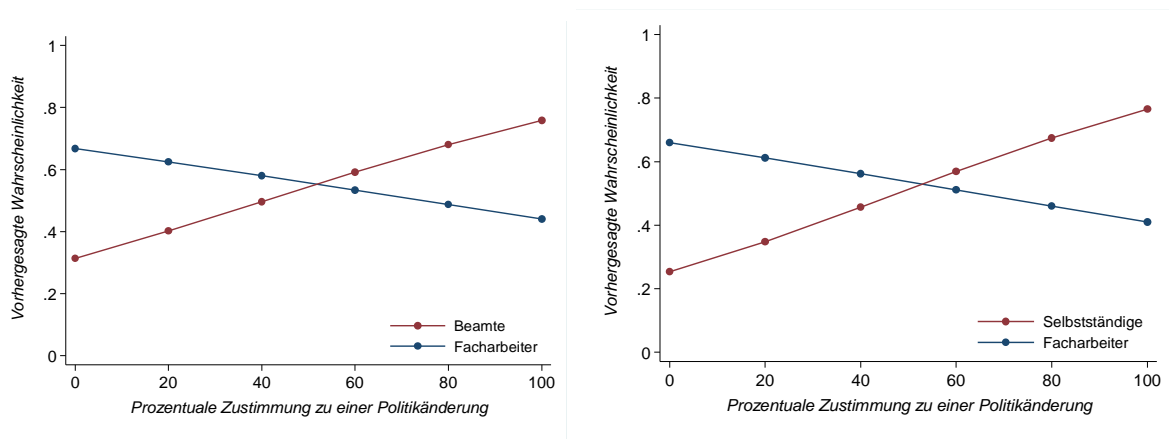
Standardfehler in Klammern; + p<0.1, * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variable ist, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Berufsgruppe. Die ersten zwei Modelle schließen alle Fälle mit ein, in denen die Meinungsunterschiede zwischen Facharbeiter_innen und Beamt_innen über 10 Prozent betragen. Das dritte und vierte Modell schließt alle Fälle ein, in denen die Meinungsunterschiede zwischen Facharbeiter_innen und Selbstständigen über 10 Prozent betragen.

Tabelle 4-5 zeigt, dass die Zustimmungsraten von Beamt_innen und Selbstständigen jeweils positiven Einfluss haben, wenn sich ihre Meinung deutlich von der der Facharbeiter_innen unterscheidet. Allerdings ist dieser Effekt für die Selbstständigen noch etwas stärker ausgeprägt. **Abbildung 4-13** stellt die Ergebnisse noch einmal grafisch dar. Deutlich ist in der rechten Teilgrafik zu erkennen, dass die Kurve, die die Wahrscheinlichkeit für die Selbstständigen angibt, dass ein politisches Vorhaben, für das sie sich aussprechen, auch umgesetzt wird, noch etwas steiler ansteigt als dies bei den Beamt_innen in der linken Teilgrafik der Fall ist.

Abbildung 4-13: Öffentliche Meinung und Politikänderung bei großen Meinungsunterschieden zwischen Berufsgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: Die Abbildungen zeigen für jeweils zwei Berufsgruppen, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert, wenn große Meinungsunterschieden zwischen den jeweiligen Gruppen bestehen. In der linken Teilgrafik sind die geschätzten Wahrscheinlichkeiten für Beamt_innen und Facharbeiter_innen abgetragen, in der rechten Teilgrafik für Selbstständige und Facharbeiter_innen.

Lesebeispiel: Wenn Selbstständige und Facharbeiter_innen unterschiedlicher Meinung sind, dann steigt für die Selbstständigen die Chance einer Politikänderung stark an, wenn viele sie befürworten. So liegt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung bei fast 80 Prozent, wenn die Selbstständigen sie geschlossen befürworten, und bei nur ca. 20 Prozent, wenn sie geschlossen dagegen sind. Für die Facharbeiter_innen dagegen sinken die Chancen auf Umsetzung bei steigender Zustimmung deutlich.

Das Bild aus der Analyse der Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen setzt sich für die Berufsgruppen fort. Sind sich die Berufsgruppen in ihren Vorstellungen uneins, gilt: Je höher der Status der Berufsgruppe, desto größer die Chance auf eine responsive Reaktion der Politik – und dies trotz der Heterogenität insbesondere der Beamt_innen und der Selbstständigen in unserer Datenbank, wie in **Abschnitt 3.1** beschrieben.

4.2.4 Wandel der Responsivität über Zeit?

In der bisherigen Darstellung haben wir die Responsivität im Durchschnitt aller Jahre dargestellt. Im Idealfall läge für jedes einzelne Jahr eine ausreichende Anzahl von Fällen vor, dass detailliert nachgezeichnet werden könnte, wie sich die Responsivität im Zeitverlauf entwickelt hat. Da wir jedoch auf die Auswertung der in den DeutschlandTrend-Befragungen enthaltenen Fragen angewiesen sind, ist dies nicht möglich, weil die Fallzahlen zu gering sind. In unsere Analysen fließen insgesamt 252 Fälle ein und, wie in der untersten Zeile von Tabelle 4-5 ausgewiesen, liegen für den gesamten Zeitraum lediglich 136 Fragen vor, bei denen die Meinungsunterschiede 10 Prozentpunkte übersteigen. Um dennoch zu erfassen, ob es einen Trend zu- oder abnehmender Responsivität gibt, werden die Analysen aus **Abschnitt 4.2.1** wiederholt, jedoch wird eine Variable eingefügt, die die seit 1997 vergangenen Jahre als Erklärungsfaktor enthält. Ein signifikanter Koeffizient dieser Variable würde auf eine Veränderung der Responsivität hinweisen.

Die erste und vierte Spalte in **Tabelle 4-6** reproduzieren die bereits oben dargestellten Ergebnisse. In der zweiten und fünften Spalte wird zusätzlich die Zeitvariable eingefügt. Doch in beiden Fälle ist diese Variable nicht statistisch signifikant und der Wert der anderen erklärenden Variablen ändert sich nur minimal. Beide Beobachtungen zusammengenommen sprechen dagegen, dass es in den Daten ein zeitliches Muster zu- oder abnehmender Responsivität gibt. In der dritten und sechsten Spalte wird ergänzend eine Interaktion zwischen den Einstellungen der beiden Einkommensgruppen einerseits und der Zeit andererseits eingefügt. Da auch dieser Interaktionseffekt nicht signifikant ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich der Effekt der Einstellungen über Zeit nicht nennenswert ändert, sondern dass dieser im Gegenteil stabil bleibt.

Tabelle 4-6: Veränderung der Responsivität über Zeit

	10tes Perzentil	10tes Perzentil	10tes Perzentil	90tes Perzentil	90tes Perzentil	90tes Perzentil
Koeffizient	-0.230 (0.594)	-0.224 (0.607)	1.510 (1.494)	1.820** (0.706)	1.819* (0.706)	4.526* (1.885)
Zeit (Jahre seit 1997)		-0.00149 (0.0285)	0.0932 (0.0798)		-0.00291 (0.0283)	0.142 (0.0962)
Interaktionseffekt (Koeff. * Zeit)			-0.173 (0.136)			-0.259 (0.164)
Konstante	0.315 (0.345)	0.327 (0.407)	-0.586 (0.823)	-0.817* (0.410)	-0.787 (0.500)	-2.301* (1.100)
P-Wert	0.698	0.926	0.619	0.00891	0.0325	0.0241
Fallzahl	252	252	252	252	252	252

Standardfehler in Klammern; + p<0.1, * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

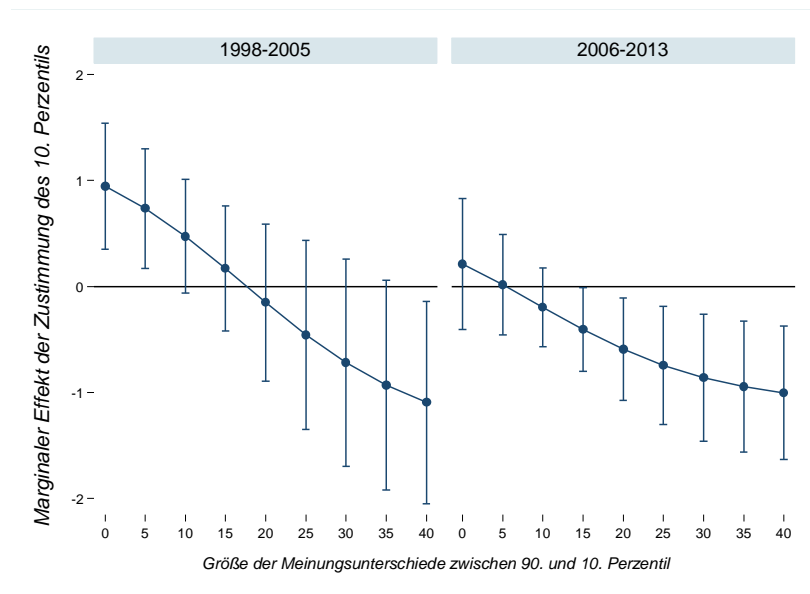
Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: In der Tabelle sind die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt, bei denen die abhängige Variable „Politikänderung“ (1=ja; 0=nein) ist. Die unabhängige Variablen sind, je nach Modell, der Anteil der Zustimmung zur abgefragten Politikänderung in der jeweiligen Einkommensgruppe sowie die Jahre seit 1997 sowie ein Interaktionseffekt beider erklärender Variablen.

Die Auswertung möglicher Trends kann ergänzt werden, indem zwei Zeiträume unterschieden werden: Der erste umfasst die Jahre von 1998 bis 2005, als es eine rot-grüne Bundesregierung gab, und der zweite die Jahre 2006 bis 2013, in denen verschiedene von der CDU geführte Koalitionen unter Bundeskanzlerin Merkel regierten. In **Abbildung 4-14** wird für beide Zeiträume dargestellt, wie groß der Effekt des Zustimmungsgrads der untersten Einkommensgruppe auf die Wahrscheinlichkeit eine Politikänderung ist, wenn sich die Größe der Meinungsunterschiede zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil unterscheidet. Dabei zeigt sich in beiden Teilgrafiken, dass der Zusammenhang zwischen der Befürwortung einer Politikänderung durch die unterste Einkommensgruppe umso schwächer ist, je größer die Meinungsunterschiede mit der obersten Einkommensgruppe sind. Die Präferenzen der unteren Einkommen spiegeln sich also nur dann in politischen Entscheidungen wieder, wenn die Präferenzen denen der obersten Einkommensgruppe ähnlich sind. Weichen die Meinung stark voneinander ab, besteht ein negativer Zusammenhang zwischen den Wünschen der ärmsten Befragten und der Wahrscheinlichkeit einer entsprechenden Politikänderung. Für das 90. Perzentil gilt genau der umgekehrte Zusammenhang. Der Effekt der Befürwortung ist umso stärker, je größer die Meinungsunterschiede zum 10. Perzentil sind. Diese Muster gelten für beide Zeiträume, sodass auch hier nicht von einem Veränderungstrend gesprochen werden kann.

Keine der Analysen legt nahe, dass es zwischen 1998 und 2013 große Unterschiede in der Responsivität gab. Da Fälle aus unterschiedlichen Politikfeldern und über längere Zeiträume kombiniert werden, führt eine enge Übereinstimmung in einzelnen Fragen nicht zu einem veränderten Responsivitätsmuster. Ein solches würde erst sichtbar, wenn über einen längeren Zeitraum politische Entscheidungen mit der Mehrheitsmeinung einkommensarmer Gruppen übereinstimmen.

Abbildung 4-14: Einfluss der unteren Einkommensgruppe in zwei Zeiträumen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Erläuterung: Die beiden Abbildungen zeigen für zwei Zeiträume, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Zustimmung zu einer Politikänderung der untersten Einkommensgruppe und Politikänderungen gibt. Dieser Effekt wird jedoch in Abhängigkeit von der Größe der Meinungsunterschiede zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil dargestellt.

Lesebeispiel linke Teilgrafik: Wenn zwischen dem 10. und dem 90. Einkommensperzentil keine Meinungsunterschiede bestehen, hat der Grad der Zustimmung der unteren Einkommensgruppe einen positiven Effekt auf Politikänderungen. Mit wachsenden Meinungsunterschieden kehrt sich dieser positive Effekt schrittweise in einen negativen Effekt um. Bei großen Meinungsunterschieden verkehrt sich der Zusammenhang ins Gegenteil: Je höher der Anteil der unteren Einkommensgruppe, der eine Politikänderung befürwortet, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese eintritt.

5. Diskussion der Ergebnisse

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass das Einkommen politische Meinungen beeinflusst. Einkommensarme Befragte wünschen sich in einer Vielzahl der Fälle andere Entscheidungen der Politik als ihre besser verdienenden Mitbürger_innen, dies gilt insbesondere für die Außen-, aber auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darüber hinaus konnten wir erstmals für Deutschland nachweisen, dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang. Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. In Deutschland beteiligen sich Bürger_innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schieflage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.

In **Abschnitt 2** wurden einige mögliche Erklärungsmuster bereits angesprochen, auf die wir hier noch einmal eingehen wollen. Für die USA führt Gilens (2015) das Argument an, dass die Politik dort zunehmend von privaten Spender_innen abhängig sei, während gleichzeitig der Anteil der kleinen und mittelgroßen Spenden an der Wahlkampffinanzierung zurückgehe und diese zunehmend von einigen wenigen Superreichen getragen werde. Es sei somit nicht verwunderlich, dass gerade deren Einfluss auf die Politik wachse (Gilens 2015: 226).

Aufgrund der ganz überwiegend staatlichen Wahlkampffinanzierung dürfte dieses Argument für den deutschen Fall jedoch eher unerheblich sein. Denkbar wäre dagegen ein Zusammenhang mit der nachlassenden Bereitschaft zur politischen Partizipation. Wie Schäfer (2015: Kapitel 5) zeigt, sind es insbesondere die Schichten, deren Einfluss sich in unserer Untersuchung als besonders gering darstellt, die immer weniger von ihrem Wahlrecht oder anderen Möglichkeiten der politischen Beteiligung Gebrauch machen. Allerdings ist nicht eindeutig festzustellen, in welche Richtung diese Beziehung wirkt: Bleiben Einkommensarme der Politik aufgrund deren mangelnder Responsivität ihnen gegenüber fern, oder orientiert sich die Politik weniger an den Präferenzen dieser Menschen, weil sie von ihnen ohnehin kaum noch Wählerstimmen zu erwarten hat? Inwiefern – und ob überhaupt – hier ein kausaler Zusammenhang besteht, muss weitere Forschung zeigen, die insbesondere die Entwicklung im Zeitverlauf stärker berücksichtigt als es uns hier möglich war.

Eine weitere Erklärung wäre, dass die Abgeordneten des Bundestages mehrheitlich selbst zu den sozialen Gruppen gehören, die sich in unserer Analyse als besonders einflussreich zeigen. Dies gilt zum einen für das Einkommen (sämtliche Abgeordnete lägen in der höchsten Einkommenskategorie des DeutschlandTrends), zeigt sich aber besonders im Hinblick auf die Berufsgruppen. Beamt_innen sind im 18. Deutschen Bundestag deutlich über-, Arbeiter_innen dagegen deutlich unterrepräsentiert (Bundestag 2014). Insgesamt ist der Anteil der Parlamentarier_innen mit einem Hochschulabschluss in ganz Europa seit Mitte des 20. Jahrhunderts stetig gestiegen, während der Anteil der Arbeiter_innen im selben Zeitraum stark gesunken ist (Best 2007). Von den Abgeordneten ist weder zu erwarten, noch ist es wünschenswert, dass sie ihre politischen Überzeugungen mit Übernahme des Mandats völlig verändern. Dennoch bleibt die Frage, ob Responsivität nicht eng mit Repräsentation verzahnt ist und bei einer abnehmenden Repräsentation bestimmter Gruppen somit zwangsläufig die Responsivität ihnen gegenüber sinken muss, da selbst die wohlmeinendsten Repräsentant_innen sich nicht immer in Lebenslagen versetzen können, die von ihren eigenen Erfahrungen weit entfernt sind. Allerdings ist aufgrund der Tatsache, dass im Deutschen Bundestag die Fraktionen in der Regel einstimmig abstimmen, ein Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit der Abgeordneten und ihren Entscheidungen im Parlament empirisch schwer nachzuweisen. Geht man von jedoch einem solchen Zusammenhang aus, läge ein Ansatz gegen ungleiche Responsivität darin, die Vielfalt im Parlament im Hinblick insbesondere auf Berufs- und Bildungshintergrund zu erhöhen.

Eine weitere Herangehensweise an das Problem der ungleichen Responsivität könnte darin liegen, sich die Unterschiede in den Präferenzen stärker bewusst zu machen. Wie wir gezeigt haben, ist das Einkommen ein stärkerer Indikator für Meinungsunterschiede als etwa das Geschlecht oder die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland. So wie mit dem Gender Mainstreaming ein Ansatz geschaffen wurde, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern bei politischen Entscheidungen aufmerksam zu machen, könnten Instrumente geschaffen werden, um die Vorstellungen und Bedürfnisse derer stärker zu berücksichtigen, die ihre Stimme weniger stark in den politischen Prozess einbringen, oftmals aber in besonderem Maße von politischen Entscheidungen betroffen sind. Verwiesen sei hier beispielhaft auf die Hartz IV-Gesetzgebung, die vor allem den Alltag armer Menschen beeinflusst.

Neben der Untersuchung der Entwicklung im Zeitverlauf könnten Ansätze weiterführender Forschung darin bestehen zu untersuchen, von welchen weiteren Faktoren Responsivität abhängt. Hier wäre eine weitere Differenzierung der Politikfelder denkbar, um sich beispielweise gezielt Fragen nach der Erhöhung von Verbrauchssteuern anzusehen oder Aussagen darüber treffen zu können, inwiefern die Gesetzgebung zur Rente mit den Präferenzen der Bevölkerung übereinstimmt. Eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum (ideal wäre ein Zeitraum ab 1949, leider liegen für die frühen Jahre der Bundesrepublik aber nur wenige Umfragen zu Sachthemen vor) könnte auch Aufschluss darüber liefern, ob beispielweise Koalitionen mit knapper Mehrheit responsiver handeln als Große Koalitionen oder welchen Einfluss die wirtschaftliche Lage hat.

Insgesamt wäre die Erhebung von Daten wünschenswert, die Fragen zu politischen Sachthemen mit genaueren Angaben zur Schichtzugehörigkeit und sozialen Situation der Befragten zusammenbringen. Bisher existieren auf

der einen Seite Daten der politischen Meinungsforschung, die bevölkerungsrepräsentativ Einstellungen zu politischen Vorhaben erheben, aber bei den sozioökonomischen Variablen nicht die erwünschte Tiefe bieten. Auf der anderen Seite gibt es für sozialwissenschaftliche Forschung optimierte Umfragen wie den ALLBUS, die Variablen wie Einkommen und Beruf deutlich ausführlicher erheben, allerdings kaum Fragen zu politischen Sachthemen stellen. Eine Zusammenführung der Vorteile beider Umfragearten wäre für die weitere Responsivitätsforschung von großer Bedeutung.

Literaturverzeichnis

- Adams, James/Lawrence Ezrow, 2009: Who Do European Parties Represent? How Western European Parties Represent the Policy Preferences of Opinion Leaders. In: *The Journal of Politics* 71, 206-223.
- Bäcker, Gerhard et al., 2015: *Dauerbaustelle Sozialstaat. Chronologie gesetzlicher Neuregelungen in der Sozialpolitik 1998 - 2014* Institut Arbeit und Qualifikation.
- Bartels, Larry M., 2008: *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton, N.Y. : Princeton University Press.
- Bernauer, Julian/Nathalie Giger/Jan Rosset, 2013: Mind the gap: Do proportional electoral systems foster a more equal representation of women and men, poor and rich? In: *International Political Science Review* 0, 1-21.
- Best, Heinrich, 2007: New Challenges, New Elites? Changes in the Recruitment and Career Patterns of European Representative Elites. In: *Comparative Sociology* 6, 85-113.
- Bourdieu, Pierre, 1993: Die öffentliche Meinung gibt es nicht. In: Pierre Bourdieu (Hrsg.), *Soziologische Fragen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brettschneider, Frank, 1995: *Öffentliche Meinung und Politik: eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brooks, Clem/Jeff Manza, 2007: *Why Welfare States Persist. The Importance of Public Opinion in Democracies*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Bundestag, Deutscher, 2014: *Abgeordnete in Zahlen: Berufe*.
https://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mdb_zahlen/berufe/260132
- Carnes, Nicholas, 2013: *White-Collar Government: The Hidden Role of Class in Economic Policy Making*, Chicago Studies in American Politics. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Donnelly, Michael/Zoe Lefkofridi, 2014: Economic & Political Inequality in Modern Democracies: Differential Responsiveness to the Policy Preferences of Economic Classes. In: *EUI Working Paper. MWP Red Number Series 2014/13*, 1-21.
- Elsässer, Lea/Svenja Hense/Armin Schäfer, 2016: *Responsiveness and Public Opinion in Germany (ResPOG)*.
- Erikson, Robert/John H. Goldthorpe, 1993: *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Flavin, Patrick, 2012: Income Inequality and Policy Representation in the American States. In: *American Politics Research* 40, 29-59.
- Ganzeboom, Harry B. G./Donald J. Treiman, 1996: Internationally Comparable Measures of Occupational Status for the 1988 International Standard Classification of Occupations. In: *Social Science Research* 25, 201-239.
- Giger, Nathalie/Jan Rosset/Julian Bernauer, 2012: The Poor Political Representation of the Poor in a Comparative Perspective. In: *Representation* 48, 47-61.
- Gilens, Martin, 2005: Inequality and Democratic Responsiveness. In: *Public Opinion Quarterly* 69, 778-796.

- Gilens, Martin, 2009: Preference Gaps and Inequality in Representation. In: *PS: Political Science & Politics* 42, 335-341.
- Gilens, Martin, 2012: *Affluence and influence: economic inequality and political power in America*. New York [u.a]: Russell Sage Foundation and Princeton University Press.
- Gilens, Martin, 2015: Descriptive Representation, Money, and Political Inequality in the United States. In: *Swiss Political Science Review* 21, 222-228.
- Gilens, Martin/Benjamin I Page, 2014: Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. In: *Perspectives on Politics* 12, 564-581.
- Häusermann, Silja/Hanspeter Kriesi, 2015: What Do Voters Want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice. In: Pablo Beramendi, et al. (Hrsg.), *The Politics of Advanced Capitalism*. New York: Cambridge University Press, 202-230.
- Hofmann, Gunter/Werner A. Perger, 1992: *Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger*. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Hollstein, Miriam/Manuel Bewarder, 2011: Die Orakel der Nation. Ihre Zahlen sind für Politiker wie eine Droge: Demoskopien können Wahlen entscheiden. Das Superwahljahr 2011 ist für die Meinungsindustrie eine Bewährungsprobe - ihre Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. In: *Welt am Sonntag*, 27.03.2011.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks/Carole J Wilson, 2002: Does left/right structure party positions on European integration? In: *Comparative Political Studies* 35, 965-989.
- Kitschelt, Herbert, 1994: *The transformation of European social democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert/Philipp Rehm, 2006: New social risk and political preferences. In: Klaus Armingeon/Giuliano Bonoli (Hrsg.), *The politics of post-industrial welfare states: adapting post-war social policies to new social risks*. London: Routledge.
- Kruke, Anja, 2014: Fragen über Fragen: Zur Geschichte der politischen Umfrage. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64, 11-17.
- Mansbridge, Jane, 2015: Should Workers Represent Workers? In: *Swiss Political Science Review* 21, 261-270.
- Manza, Jeff/Clem Brooks, 2010: Class and Politics. In: Annette Lareau/Dalton Conley (Hrsg.), *Social Class: How Does it Work?* New York: Russell Sage Foundation, 201-231.
- Manza, Jeff/Fay Lomax Cook, 2002: A Democratic Polity? Three Views of Policy Responsiveness to Public Opinion in the United States. In: *American Politics Research* 30, 630-667.
- Miller, Warren E./Donald E. Stokes, 1963: Constituency Influence in Congress. In: *The American Political Science Review* 57, 45-56.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Thomas Petersen, 1998: *Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie*. 3. Auflage. Auflage. Berlin u. a. : Springer-Verlag.
- Page, Benjamin I, 2002: The Semi-Sovereign Public. In: Jeff Manza/Fay Lomax Cook/Benjamin I Page (Hrsg.), *Navigating Public Opinion. Polls, Policy, and the Future of American Democracy*. Oxford: Oxford University Press, 325-344.
- Page, Benjamin I/Larry M Bartels/Jason Seawright, 2013 Democracy and the Policy Preferences of Wealthy Americans. In: *Perspectives on Politics* 11, 51-73.

- Page, Benjamin I./Robert Y. Shapiro, 1992: *The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Page, Benjamin I./Robert Y. Shapiro, 1983: Effects of Public Opinion on Policy. In: *American Political Science Review* 77, 175-190.
- Petring, Alexander, 2015: Parteien, hört ihr die Signale? In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise*. Wiesbaden: Springer 221-244.
- Pitkin, Hanna Fenichel, 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Proner, Hanna, 2011: *Ist keine Antwort auch eine Antwort? Die Teilnahme an politischen Umfragen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rueda, David, 2005: Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. In: *American Political Science Review* 99, 61-74.
- Schäfer, Armin, 2011: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schäfer, Armin, 2015: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Bd. 81. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schwander, Hanna/Silja Häusermann, 2013: Who is in and who is out? A risk-based conceptualization of insiders and outsiders. In: *Journal of European Social Policy* 23, 248-269.
- Shapiro, Robert Y., 2011: Public Opinion and American Democracy. In: *Public Opinion Quarterly* 75, 982-1017.
- Soroka, Stuart N./Christopher Wlezien, 2008: On the Limits to Inequality in Representation. In: *PS: Political Science & Politics* 41, 319-327.
- Ura, Joseph Daniel/Christopher R. Ellis, 2008: Income, Preferences, and the Dynamics of Policy Responsiveness. In: *PS: Political Science & Politics* 41, 785-794.
- Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäller, 2015: Was ist Pegida und warum? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2015, S. 6.
- Wlezien, Christopher, 2004: Representation: Dynamics of Public Preferences and Policy. In: *The Journal of Politics* 66, 1-24.
- Woll, Cornelia, 2015: Politics in the Interest of Capital: A Not-So-Organized Combat. In: *MaxPo Discussion Paper* 15/2.

6. Anhang

Tabelle 6-1: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der Staat-Markt-Achse

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
1999	Besserverdienende zahlen ja heute mehr Steuern als Normal- oder Geringverdiener. Aus Teilen der SPD ist die Forderung gekommen, Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Verschuldung heranzuziehen. Halten Sie diese Forderung für richtig oder halten Sie sie für nicht richtig?	67,18%	69,84%	64,12%	46,12%
2003	Sollte die Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft Konjunkturlösungen beschließen, oder sollte sie den bisherigen Sparkurs weiterhin strikt einhalten?	73,14%	66,60%	76,66%	72,79%
2004	Seit dem 1. Januar müssen Patienten bei einem Arztbesuch pro Quartal 10 Euro zahlen, um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen um Griff zu halten. Finden Sie persönlich die Praxisgebühr alles in allem in Ordnung oder ist das keine gute Sache?	28,34%	19,30%	29,50%	38,44%
2011	Die Bundesregierung hat grundsätzlich beschlossen, dass es zum 1. Januar 2013 Steuersenkungen geben soll. Sie berät zur Zeit darüber, wie das konkret aussehen kann. Finden Sie es richtig, dass es Steuersenkungen geben soll oder finden Sie das nicht richtig?	47,87%	59,37%	48,95%	33,15%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Tabelle 6-2: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsstatusgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der Staat-Markt-Achse

Jahr	Fragetext	alle Befragten	un- und angelernte A.	Facharbeiter- innen	einfache Angestellte	höhere Angestellte	Beamt_innen	Selbstständige
1999	Besserverdienende zahlen ja heute mehr Steuern als Normal- oder Geringverdiener. Aus Teilen der SPD ist die Forderung gekommen, Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Verschuldung heranzuziehen. Halten Sie diese Forderung für richtig oder halten Sie sie für nicht richtig?	67,18%	73,02%	77,67%	73,25%	60,94%	70,69%	45,05%
2003	Sollte die Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft Konjunkturlösungen beschließen, oder sollte sie den bisherigen Sparkurs weiterhin strikt einhalten?	73,14%	71,43%	84,71%	87,10%	76,04%	64,15%	73,55%
2004	Seit dem 1. Januar müssen Patienten bei einem Arztbesuch pro Quartal 10 Euro zahlen, um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen um Griff zu halten. Finden Sie persönlich die Praxisgebühr alles in allem in Ordnung oder ist das keine gute Sache?	28,34%	13,04%	28,57%	21,43%	33,63%	31,91%	34,91%
2011	Die Bundesregierung hat grundsätzlich beschlossen, dass es zum 1. Januar 2013 Steuersenkungen geben soll. Sie berät zur Zeit darüber, wie das konkret aussehen kann. Finden Sie es richtig, dass es Steuersenkungen geben soll oder finden Sie das nicht richtig?	47,87%	71,43%	71,43%	68,48%	46,07%	43,62%	40,91%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Tabelle 6-3: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der kulturellen Achse

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
2009	US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, das umstrittene US-Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, in dem ohne Gerichtsverfahren Terrorverdächtige über Jahre festgehalten wurden. Was meinen Sie: Sollte Deutschland unschuldige Guantanamo-Häftlinge, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, aus humanitären Gründen aufnehmen oder nicht?	50,20%	42,46%	50,61%	60,63%
2011	Es wird darüber diskutiert, ob in Deutschland mehr Frauen in Firmen und Unternehmen in Führungspositionen kommen sollten. Nach Ihrer eigenen Erfahrung aus Firmen, die Sie kennen oder in denen Sie gearbeitet haben: Finden Sie es wichtig, dass es künftig mehr Frauen in Führungspositionen gibt?	81,04%	77,84%	84,28%	79,39%
2012	Derzeit wird über ein Verbot der Partei NPD diskutiert. Wie ist Ihre Meinung: sollte die NPD verboten werden?	78,12%	82,97%	76,15%	76,12%
2010	Derzeit werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Sicherheit beim Fliegen zu erhöhen. Befürworten Sie einen Verkaufsstopp von Alkohol, Parfüm und Rasierklingen in Duty Free Shops oder lehnen sie ihn ab?	50,68%	50,72%	52,39%	50,92%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Tabelle 6-4: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsstatusgruppen zu Beispielfragen für die Zuordnung auf der kulturellen Achse

Jahr	Fragetext	alle Befragten	un- und angelernte A.	Facharbeiter- innen	einfache Angestellte	höhere Angestellte	Beamt_innen	Selbstständige
2009	US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, das umstrittene US-Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, in dem ohne Gerichtsverfahren Terrorverdächtige über Jahre festgehalten wurden. Was meinen Sie: Sollte Deutschland unschuldige Guantanamo-Häftlinge, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, aus humanitären Gründen aufnehmen oder nicht?	50,20%	31,82%	29,23%	51,61%	56,51%	63,83%	48,39%
2011	Es wird darüber diskutiert, ob in Deutschland mehr Frauen in Firmen und Unternehmen in Führungspositionen kommen sollten. Nach Ihrer eigenen Erfahrung aus Firmen, die Sie kennen oder in denen Sie gearbeitet haben: Finden Sie es wichtig, dass es künftig mehr Frauen in Führungspositionen gibt?	81,04%	58,82%	70,59%	83,93%	79,66%	87,72%	84,00%
2012	Derzeit wird über ein Verbot der Partei NPD diskutiert. Wie ist Ihre Meinung: sollte die NPD verboten werden?	78,12%	76,00%	77,27%	78,00%	76,17%	72,73%	65,26%
2010	Derzeit werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Sicherheit beim Fliegen zu erhöhen. Befürworten Sie einen Verkaufsstopp von Alkohol, Parfüm und Rasierklingen in Duty Free Shops oder lehnen sie ihn ab?	50,68%	45,00%	46,43%	55,74%	46,26%	51,67%	44,44%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Tabelle 6-5: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu ausgewählten Fragestellungen aus dem Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – Besonders große Zustimmung in niedrigen Einkommensgruppen

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
2004	Innerhalb der Bundesregierung wird über eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen diskutiert, die keine Lehrlinge ausbilden. Sind Sie persönlich eher für oder eher gegen eine solche Ausbildungsplatzabgabe?	45,27%	54,68%	45,34%	34,86%
2012	Seit 1. Januar gilt die neue Rentenregelung, wonach das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre erhöht wird. Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen dazu und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen. <i>Die Rente mit 67 sollte rückgängig gemacht werden, auch wenn dann die Rentenbeiträge steigen.</i>	53,08%	64,62%	56,90%	33,41%
2012	Für die Beschäftigten der in Konkurs gegangenen Drogeriemarktkette Schlecker sollte eine sogenannte Transfergesellschaft gegründet werden. Die einen waren dafür, weil die Transfergesellschaft die Mitarbeiter sechs Monate weiter beschäftigt und in der Zeit versucht hätte neue Arbeitsplätze für sie zu finden. Die anderen waren dagegen, weil sie keine staatlichen Bürgschaften geben wollten und aus ihrer Sicht die Suche nach neuen Arbeitsplätzen Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit ist. Wären Sie persönlich für oder gegen eine Transfergesellschaft für die Schlecker-Mitarbeiter?	51,70%	66,29%	52,01%	40,38%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Tabelle 6-6: Zustimmungsraten unterschiedlicher Einkommensgruppen zu ausgewählten Fragestellungen aus dem Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – Besonders geringe Zustimmung in niedrigen Einkommensgruppen

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
2000	Die Bundesregierung hat ihr Konzept für die Rentenreform vorgestellt. Um die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung zu begrenzen, soll ab 2011 das Rentenniveau für Neurentner gekürzt und dafür bereits ab 2001 die private Altersvorsorge verstärkt steuerlich gefördert werden. Wie ist Ihre Meinung: Gehen diese Reformpläne in die richtige oder in die falsche Richtung?	51,11%	43,20%	48,93%	64,12%
2003	Ein weiterer Vorschlag sieht die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor, durch die 3 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden könnten, weil dies eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe bedeutet. Geht dieser Vorschlag Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?	53,01%	43,32%	52,63%	62,56%
2003	Darüber hinaus will Schröder die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld von maximal 32 auf 18 Monate verkürzen, um den Anreiz zur Annahme eines Jobs zu erhöhen. Geht dieser Vorschlag Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?	53,75%	43,99%	50,96%	69,46%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Tabelle 6-7: Zustimmungsraten unterschiedlicher Berufsgruppen zu den Fragestellungen aus Tabelle II.I und II.II

Jahr	Fragetext	alle Befragten	un- und angelernte A.	Facharbeiter- _innen	einfache Angestellte	höhere Angestellte	Beamt_innen	Selbstständige
2000	Die Bundesregierung hat ihr Konzept für die Rentenreform vorgestellt. Um die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung zu begrenzen, soll ab 2011 das Rentenniveau für Neurentner gekürzt und dafür bereits ab 2001 die private Altersvorsorge verstärkt steuerlich gefördert werden. Wie ist Ihre Meinung: Gehen diese Reformpläne in die richtige oder in die falsche Richtung?	51,11%	34,29%	38,64%	51,95%	53,80%	68,00%	60,00%
2003	Ein weiterer Vorschlag sieht die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor, durch die 3 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden könnten, weil dies eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe bedeutet. Geht dieser Vorschlag Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?	53,01%	32,26%	40,66%	48,21%	49,01%	63,64%	72,65%
2003	Darüber hinaus will Schröder die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld von maximal 32 auf 18 Monate verkürzen, um den Anreiz zur Annahme eines Jobs zu erhöhen. Geht dieser Vorschlag Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?	53,75%	32,50%	39,47%	48,39%	53,80%	72,00%	69,07%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Jahr	Fragetext	alle Befragten	un- und angelernte A.	Facharbeiter- innen	einfache Angestellte	höhere Angestellte	Beamt_innen	Selbst- ständige
2004	Innerhalb der Bundesregierung wird über eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen diskutiert, die keine Lehrlinge ausbilden. Sind Sie persönlich eher für oder eher gegen eine solche Ausbildungsplatzabgabe?	45,27%	64,86%	49,35%	60,00%	43,03%	38,60%	23,00%
2012	Seit 1. Januar gilt die neue Rentenregelung, wonach das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre erhöht wird. Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen dazu und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen. <i>Die Rente mit 67 sollte rückgängig gemacht werden, auch wenn dann die Rentenbeiträge steigen.</i>	53,08%	83,33%	79,17%	69,39%	48,84%	50,00%	30,06%
2012	Für die Beschäftigten der in Konkurs gegangenen Drogeriemarktkette Schlecker sollte eine sogenannte Transfergesellschaft gegründet werden. Die einen waren dafür, weil die Transfergesellschaft die Mitarbeiter sechs Monate weiter beschäftigt und in der Zeit versucht hätte neue Arbeitsplätze für sie zu finden. Die anderen waren dagegen, weil sie keine staatlichen Bürgschaften geben wollten und aus ihrer Sicht die Suche nach neuen Arbeitsplätzen Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit ist. Wären Sie persönlich für oder gegen eine Transfergesellschaft für die Schlecker-Mitarbeiter?	51,70%	72,73%	52,54%	64,58%	46,30%	49,15%	42,86%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016

Tabelle 6-8: Beispiele responsiver Politik bei Fragen, denen alle Einkommensgruppen zustimmten

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
2013	Gegenwärtig laufen ja Gespräche zwischen verschiedenen Parteien über eine mögliche Regierungsbildung. Worauf sollten sich die künftigen Koalitionsparteien aus Ihrer Sicht verständigen? Sollte ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden oder nicht?	85,05%	91,70%	86,66%	75,47%
2013		84,86%	86,94%	88,05%	78,54%
	Berufsjahren				
2013	Ich nenne Ihnen jetzt einige Maßnahmen, die Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen haben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diese Maßnahmen für den richtigen oder den falschen Weg halten. c. Die Mütterrente	83,95%	89,16%	88,71%	71,90%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Tabelle 6-9: Beispiele responsiver Politik bei Fragen, denen vor allem niedrige Einkommensgruppen zustimmten

Jahr	Fragetext	alle Befragten	10. Perzentil*	50. Perzentil*	90. Perzentil*
2003	Ein weiterer Vorschlag sieht die Einrichtung des Hausarztes als "Lotse" durch das Gesundheitssystem vor. Danach kann nur der Hausarzt den Patienten an einen Facharzt überweisen. Geht dieser Vorschlag Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?	52,51%	52,23%	56,67%	45,01%
2007	Was glauben Sie: Sollten die Sicherheitsgesetze in Deutschland zum Schutz der Bürger vor Kriminalität und Terror verschärft werden oder reichen sie aus?	43,32%	55,57%	43,16%	29,80%
2009	In der Politik wird in diesen Tagen über Maßnahmen beraten, mit denen die Konjunktur gestützt und die Krise der Wirtschaft abgemildert werden soll. Glauben Sie, dass die Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung ein wirksames Mittel gegen die wirtschaftlichen Probleme infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind?	44,39%	50,71%	44,17%	38,54%

Quelle: Elsässer/Hense/Schäfer 2016 *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation – gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist – nicht zum Weiterverkauf bestimmt.



Impressum:

Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Referat Information, Monitoring, Bürgerservice, Bibliothek
53107 Bonn

Stand: Juni 2016

Artikel-Nr.: A 305-4

E-Mail: info@bmas.bund.de

Internet: <http://www.bmas.de>

Umschlaggestaltung/Druck: Grafischer Bereich des BMAS